

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30  $\mathcal{A}$ ,  
für Versammlungsanzeigen 10  $\mathcal{A}$  pro Zeile.

## Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 13. März 1915.

666 Zahlstellen haben die Karte Nr. 5 für den 13. März eingefandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 53 807. Davon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 13. März 26 894 oder 48,12 pZt. zum Militär eingezogen. Als gefallen gemeldet waren uns bis zum 22. März 813 Mitglieder. Arbeitslos waren am 27. Februar 3340 Mitglieder, dagegen standen 23 818 Mitglieder in Arbeit und 755 Mitglieder waren krank.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 27 918 Mitgliedern. Davon waren arbeitslos 11,97 pZt., krank 2,70 pZt. und in Arbeit standen 85,33 pZt. Von den Arbeitslosen waren 585 oder 17,52 pZt. zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit.

Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht diese Tabelle:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Von den Arbeitslosen (Spalte 6) sind zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Ostpreußen .....	10	828	484	25	313	6	—	
Westpreußen .....	13	1413	720	62	616	15	24	
Brandenburg .....	65	5063	2115	309	2573	66	64	
Pommern .....	46	1749	813	246	665	25	34	
Posen .....	16	487	283	27	174	2	9	
Schlesien .....	54	3573	2012	144	1378	39	25	
Sachsen .....	53	3514	1786	148	1529	51	30	
Schleswig-Holstein .....	42	2233	1096	91	1002	44	6	
Hannover .....	44	2508	1129	101	1238	40	10	
Westfalen .....	23	1184	640	18	503	23	—	
Hessen-Nassau .....	14	2133	1123	15	979	16	1	
Rheinland .....	16	2046	1059	26	942	19	1	
Preußen .....	396	26731	13260	1212	11912	347	204	
Bayern .....	49	3461	1643	366	1383	69	96	
(Rheinpfalz) .....	3	206	85	—	119	2	—	
Sachsen .....	53	10811	4866	1102	4687	156	156	
Württemberg .....	14	1145	702	18	416	9	—	
Baden .....	7	825	440	13	368	4	8	
Hessen .....	7	645	304	7	321	13	2	
Mecklenburg-Schwerin .....	44	1340	485	182	630	43	26	
Sachsen-Weimar .....	11	700	363	28	296	13	7	
Mecklenburg-Strelitz .....	8	239	82	46	107	4	6	
Oldenburg .....	7	467	262	20	175	10	2	
Braunschweig .....	10	505	198	18	283	6	—	
Sachsen-Meiningen .....	7	311	164	15	129	3	1	
- Altenburg .....	7	317	189	15	111	2	2	
- Coburg-Gotha .....	7	604	274	33	286	11	2	
Anhalt .....	7	396	171	5	216	4	—	
Schwarzburg-Sondersh. .....	2	64	38	6	20	—	5	
- Rudolstadt .....	5	163	80	20	61	2	3	
Waldeck .....	2	27	25	—	2	—	—	
Reuß ä. L. (Greiz) .....	2	119	67	6	46	—	—	
j. L. (Gera) .....	3	229	94	22	111	2	—	
Schaumburg-Lippe .....	3	74	34	—	38	2	—	
Lippe-Deimold .....	2	33	22	3	8	—	—	
Südb. .....	2	284	117	—	162	5	—	
Bremen .....	1	1067	542	18	496	11	—	
Hamburg .....	4	2697	1151	140	1372	34	65	
Elfaß-Lothringen .....	3	847	236	45	63	3	—	
Deutsches Reich .....	666	53807	25894	3340	23818	755	585	

Die Zahl der zum Militär Eingezogenen weist gegenüber dem Ergebnis vom 27. Februar (abgedruckt in Nr. 11 des „Zimmerer“) eine Steigerung auf von 24 515 auf 26 894 oder von 46,30 auf 48,12 pZt. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen von 13,05 auf 11,97 pZt. Am 27. Februar wurden 3709 arbeitslose Mitglieder festgestellt, am 13. März noch 3340. Als in Arbeit stehend wurden ermittelt am 27. Februar 24 006, am 13. März 23 818. Die absolute Zahl der in Arbeit stehenden Mitglieder ist sonach geringer geworden. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der festgestellten Mitglieder

ist jedoch noch eine Steigerung der in Arbeit stehenden Mitglieder zu verzeichnen, und zwar von 84,43 auf 85,33 pZt.

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestand vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 763 Mitglieder) wurden durch die bisherigen Feststellungen erfasst (vergleiche die Resultate in den Nummern 5, 7, 9 und 11 des „Zimmerer“) am

16. Januar	75,84 pZt. der Zahlstellen, 82,53 pZt. der Mitglieder
30. "	76,80 " " " 83,61 " " "
13. Februar	75,21 " " " 82,44 " " "
27. "	80,46 " " " 84,36 " " "
13. März	81,32 " " " 85,73 " " "

Folgende Zahlstellen haben nicht oder so spät berichtet, daß sie für die vorläufige Zusammenstellung nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Die Zahlstellen, die ihre Karte zu spät einsandten, sind mit einem Stern (\*) versehen.

Ostpreußen: Angerburg, Arns, Goldap, Johannisburg, Löben, Lych, Marggrabowa, Nikolaiken, Osterode, Piskallen, Sensburg, Soldau, Stallupönen, Tapiau.

Westpreußen: Deutsch-Eylau.  
Brandenburg: Beelitz, Birkenwerder, \*Freienwalde, Königsberg, Krammen, Lübbenau, Perleberg, Rheinsberg, Sorau, Jossen.

Pommern: Lüssow.  
Schlesien: Canth, Frankenstein, Guhrau, \*Lähn, Nimpsch, Dels, Ohlau, Sachwitz, Trebnitz.

Provinz Sachsen: \*Bad Sachsa, Eisleben, Gethstedt, \*Seringen, Mühlberg, Nordgermersleben, Ockerleben, Osterwieck, Salzwedel, Westerhausen.

Schleswig-Holstein: \*Bramstedt, \*Bredstedt, \*Friedrichsberg, Garstedt, Husum, Odesloe, Reinfeld, Segeberg.

Hannover: Aurich, Göttingen, Harsfeld, Leer, Norden, Soltau.

Hessen-Nassau: Altenvers, Schenkflengsfeld.  
Rheinland: Cöln, Grefeld.

Bayern: Amberg, Altensittenbach, Roth.  
Rheinpfalz: Frankenthal, Pirmasens, Speyer, Erbesbach.

Königreich Sachsen: \*Döbeln, Falkenstein, \*Leisnig, \*Oberrennersdorf, Delsnitz, Rochlitz, Schwarzenberg, Treuen, Waldheim.

Württemberg: Heilbronn, Ravensburg, Schweningen, Taiflingen.

Baden: \*Lörrach, Pforzheim, Philippsburg, \*Singen.  
Mecklenburg-Schwerin: Boizenburg, Gnoien, Hagenow, \*Laage, Malchow, Neustadt i. M.

Mecklenburg-Strelitz: \*Mixon.  
Oldenburg: Brake, Nordenham, \*Oldenburg.  
Braunschweig: \*Blantenburg a. H., Eesen, Schöningen.

Sachsen-Meiningen: \*Steinach.  
Sachsen-Altenburg: Altenburg.  
Anhalt: Güstrow, Dranienbaum.

Schwarzburg-Rudolstadt: \*Neura.  
Lippe-Deimold: Salzuflen.  
Elfaß-Lothringen: St. Ludwig, Straßburg.

Die Karte Nr. 4 für den 27. Februar ist, nachdem das Resultat der Feststellungen schon für die Veröffentlichung im „Zimmerer“ Nr. 11 zusammengestellt war, noch aus 46 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 3062 Mitglieder nachweisen.

Davon waren zum Militär eingezogen 1524, arbeitslos 124, krank 29 und 1385 Mitglieder standen in Arbeit. Von den Arbeitslosen waren 12 zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit.

Das Endergebnis für den 27. Februar stellt sich demnach wie folgt: 705 Zahlstellen haben die Karte Nr. 4 eingefandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 56 009. Davon waren seit Ausbruch des Krieges bis zum 27. Februar 26 039 zum Militär eingezogen, arbeitslos waren am 27. Februar 3833; dagegen standen 25 391 Mitglieder in Arbeit und 746 waren krank. Von den Arbeitslosen waren 758 zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen konnten mithin die berichtenden Zahlstellen noch einen Mitgliederbestand von zusammen 29 970 nachweisen. An 70 Zahlstellen haben für den 27. Februar nicht berichtet.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort über die Beteiligung der Zahlstellen an den Feststellungen im allgemeinen. Darüber zu klagen, liegt kein Anlaß vor; doch soll nicht verschwiegen werden, daß sie noch stärker sein könnte. So haben sich beispielsweise 33 Verbandszahlstellen von den Feststellungen

bisher beharrlich ausgeschlossen. Darunter sind allerdings 14 Zahlstellen, die in den Grenzgebieten belegen und deshalb nicht imstande sind, die Feststellungen vorzunehmen. In diesen Zahlstellen wird es noch einige Zeit dauern, bis die Organisation wieder auflebt. Von den restlichen 19 Zahlstellen aber muß verlangt werden, daß auch sie sich den Arbeiten, die die Feststellungen erfordern, unterziehen. Geschieht das und beobachtet ferner die sich beteiligenden Zahlstellen eine größere Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit, als das bisher erfolgte, dann wird auch diese Statistik sich immer mehr vervollständigen. Was wir wünschen, ist, daß sie möglichst alle Zahlstellen und Mitglieder unseres Verbandes erfassen möge.

Endergebnis Resultat der Feststellungen vom 16. und 30. Jan. sowie vom 13. und 27. Febr. 1915.

Termin der Feststellungen	Anzahl der an den Feststellungen Beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Von den Arbeitslosen (Spalte 6) sind zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
16. Januar .....	700	55337	24004	4181	26356	796	884	
30. Januar .....	707	55234	24336	5206	24871	821	933	
13. Februar .....	695	55305	25079	4797	24489	940	837	
27. Februar .....	705	56009	26039	3833	25391	746	758	

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, den 27. März. An diesem Tage ist die Karte Nr. 6 auszufüllen und sofort an den Zentralvorstand einzusenden.

## Aufklärendes über die Kriegswochenhilfe

schreibt uns das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission:

Eine wichtige Entscheidung für die Arbeiterfamilien ist ohne Zweifel die Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1914, die für die Dauer des gegenwärtigen Krieges eine Wochenhilfe und materiellen Beistand an stillende Mütter vorsieht. Sie ist schon allein deswegen von Bedeutung, weil dadurch anerkannt ist, daß zur Erlangung eines gesunden Nachwuchses in den Kreisen der bestgläubigen Bevölkerung eine Unterstützung aus allgemeinen Mitteln nicht zu entbehren ist.

Die Notwendigkeit einer solchen Unterstützung ist von den Vertretern der Arbeiterklasse und von Ärzten wiederholt bewiesen worden. Besonders lebhaft bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, die die Vorschriften über die Krankenversicherung enthält. Die Krankenkassen gewahren Wochenhilfe, aber natürlich nur ihren Mitgliedern. Sie dürfen sie nur leisten, wenn das Mitglied in den zwölf Monaten vor der Entbindung mindestens 26 Wochen einer Krankenkasse angehört hat. Dadurch fällt für einen großen Teil selbst der weiblichen Rassenmitglieder jeder Anspruch auf Unterstützung während des Wochenbettes fort. Weibliche während der Schwangerschaft zu den Kosten der Entbindung oder Hebammenhilfe und Stillgeld sind nicht allgemein vorgesehen, sondern müssen besonders in den Rassenkassen festgelegt sein. Weil nun sehr häufig Frauen während der Schwangerschaft aus ihrem Beruf und dadurch aus der Krankenversicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden und vermissen, rechtzeitig ihre Mitgliedschaft bei der Krankenkasse als Selbstzahler fortzusetzen, so verlieren viele ihren Anspruch auf die Rassenleistungen und ganz besonders die auf Wochenhilfe, selbst wenn sie vor der Niederkunft wieder Rassenmitglied geworden sind. Die Zahl der weiblichen Rassenmitglieder, die Anspruch auf Wochenhilfe nach den Rassenkassen erheben können, ist also verhältnismäßig gering.

Der Krieg gab Veranlassung, auch in den Kreisen, die bisher den Forderungen auf Ausgestaltung der Wochenhilfe ablehnend gegenüberstanden, eine andere Haltung hervorgerufen. Es ist dies auch ganz verständlich. Mehr als je ist eine Unterstützung der Wöchnerinnen neben Weibliche zu den Kosten der Entbindung und die Gewährung eines Stillgeldes in der gegenwärtigen Zeit dringend geboten, wo der Tod in die Reihen der Männer große Lücken reißt und die wirtschaftliche Lage eines ganz erheblichen Teiles der arbeitenden Bevölkerung durch den Krieg bedeutend verschlechtert ist. Soll die Bevölkerungsziffer nicht zurückgehen, ist der Schutz der neugeborenen Wesen



besonders notwendig. Wichtig ist aber auch, der werdenden Mutter eine gewisse Ruhe dadurch zu geben, daß sie sich während des Wochenbettes wenigstens einigermaßen gesichert weiß und sich nicht in Sorge darum verzehrt, wo sie die Entbindungskosten hernehmen und wovon sie in der Zeit des Wochenbettes leben soll.

Leider war es nicht möglich, für alle Wöchnerinnen die Kriegswochenhilfe zu erreichen. Nicht einmal für alle Kriegerfrauen kommt sie in Frage. Anspruch auf Kriegswochenhilfe haben nur solche Kriegerfrauen, deren Männer vor Eintritt in den Heeres- oder Sanitätsdienst entweder unmittelbar vorher sechs Wochen oder in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen hindurch gegen Krankheit versichert gewesen sind. Durch eine neuere Verordnung vom 28. Januar 1915 haben auch solche Kriegerfrauen Anspruch, deren Männer zu der nicht gegen Krankheit versicherten Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge gehören oder bis zum Kriegsausbruch gehört haben, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst nicht mehr als M 2500 beträgt.

Zugehörigkeit des Mannes zu einer Krankenkasse ist also mit Ausnahme der Bestimmung für Seelente Voraussetzung für den Anspruch einer Kriegerfrau auf Wochenhilfe. War der Mann die vorgeschriebene Zeit Rassenmitglied, so erhält die Frau

1. einen einmaligen Betrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von M 25,
2. ein Wochengeld von täglich M 1 für alle sieben Wochentage auf die Dauer von acht Wochen, von denen mindestens sechs Wochen in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen,
3. ein Stillgeld von 50 M täglich (ebenfalls für sieben Wochentage) bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Entbindung, wenn die Frau selbst stillt.

Hört sie mit dem Stillen früher auf, dann fällt natürlich auch die Unterstützung früher fort. War in der Zeit der Schwangerschaft ärztliche Hilfe oder solche von einer Hebamme erforderlich, so wird dazu eine einmalige Beihilfe von M 10 gewährt. Das Stillgeld wird neben dem Wochengeld geleistet. Unter Umständen müssen also für acht Wochen täglich M 1 und 50 M und für vier Wochen täglich 50 M Unterstützung gezahlt werden.

Die Unterstützung wird durch die Kasse gewährt, der der Ehefrau angehört oder vor Eintritt des Kriegsdienstes angehört hat, aber nur dann, wenn die Frau nicht selbst Rassenmitglied ist. Gehört sie selber einer Krankenkasse als Mitglied an, so ist diese zur Zahlung verpflichtet, auch wenn die Frau nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung als Mitglied keinen Anspruch auf die Wochenhilfe der Kasse erheben kann. Hat sie aber diesen Anspruch und sind die Leistungen der Kasse höher als die der Kriegswochenhilfe, dann treten die Rassenleistungen in Kraft. Sind diese aber niedriger, erhält die Frau die durch die Kriegswochenhilfe festgelegten höheren Sätze. Ein Anspruch auf die Leistungen der eigenen Kasse und daneben auf die vollen Leistungen der Kriegswochenhilfe kann nicht erhoben werden.

Kriegswochenhilfe wird nicht gewährt, wenn weder der Mann einer Kriegerfrau noch diese selbst gegen Krankheit versichert war oder der Kasse zu kurze Zeit angehört hatte (mit Ausnahme der Bestimmungen für Seelente).

Zum Teil aber wird Kriegswochenhilfe auch den weiblichen Rassenmitgliedern gewährt, deren Männer keine Kriegsdienste leisten. Dann nämlich, wenn sie selbst Anspruch auf Wochenhilfe haben, diese aber kein Stillgeld oder Beihilfe bei Schwangerschaft und bei der Entbindung vorliegt. Da gerade über diesen Punkt so große Unklarheit vorhanden ist, sei er ganz besonders hervorgehoben.

Gehörte zum Beispiel ein weibliches Rassenmitglied in den der Entbindung vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen einer Krankenkasse an, so hat sie Anspruch auf die Wochenhilfe, die die Rassenleistung festlegt. Sie ist in jedem Falle ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes auf die Dauer von acht Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Entbindung fallen müssen. Damit wird meist die sachungsgemäße Unterstützung zu Ende sein. Alle Wöchnerinnen aber, die in dieser Weise unterstützt werden, erhalten nach den Bestimmungen der Kriegswochenhilfe außerdem die M 25 Entbindungshilfe oder freie Behandlung durch eine Hebamme, eventuell außerdem M 10 für Hebamme oder ärztlichen Beistand während der Schwangerschaft und das Stillgeld in Höhe von 50 M täglich auf die Dauer von zwölf Wochen. Auf das Wochengeld von M 1 pro Tag haben diese Frauen keinen Anspruch. Dafür beziehen sie das sachungsgemäße Krankengeld, das sowohl höher als auch niedriger sein kann.

Die Unkenntnis über diese Bestimmungen der Kriegswochenhilfe ist ungeheuer groß. Sie ist nicht nur bei den Rassenmitgliedern vorhanden und in den Reihen der Kriegerfrauen, sondern auch bei den Krankenkassen. Die Fälle sind gar nicht so selten, wo Frauen mit ihren Ansprüchen zunächst abgewiesen wurden, obgleich diese berechtigt waren. Häufiger kommt es natürlich vor, daß Ansprüche erhoben werden, wo sie nicht bestehen.

Daher ist es von Wichtigkeit, daß die weiblichen Rassenmitglieder und die Frauen von Kriegsteilnehmern genau informiert werden über die Rechte, die ihnen nach den Bestimmungen der Bundesratsverordnung über die Kriegswochenhilfe zustehen und über die Vorbedingungen, unter denen sie geltend gemacht werden können. Nur dann wird diese ihren Zweck erfüllen und einer großen Anzahl Frauen in der Tat die Hilfe bringen, die das Interesse an der allgemeinen Volksgesundheit in dieser schweren Zeit besonders nötig macht.

### Die Lebensmittelsteuerung.

Die Gauleitung Südbayern des Zimmererverbandes macht seit Jahren in den Tarifvertragsorten im März und Dezember Feststellungen über die Lebensmittelpreise, auf Grund deren dann die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie nach den Nahrungsmittellisten eines deutschen Marinepiloten berechnet werden. Die so gewonnene Summe, Indeziffer

benannt, beträgt im März 1915, in Klammern März 1914, in München M 31,50 (25,65), Augsburg M 31,77 (24,54), Regensburg M 31,62 (27,33), Landshut M 28,90 (24,30), Reichenhall M 30,40 (25,16), Freising M 28,40 (23,33), Solzkirchen M 32,06 (25,66), Ingolstadt M 29,58 (23,88), Kaufbeuren M 29,78 (24,95), Rempten M 30,27 (25,11), Lindau M 31,14 (28,44), Memmingen M 30,42 (24,44), Miesbach M 31,01 (26,21), Moosburg M 28,08 (23,51), Passau M 28,45 (22,51), Rosenheim M 30,46 (26,28), Starnberg M 30,41 (26,34), Straubing M 30,71 (27,04), Traunstein M 27,29 (26,01), Zimmernstadt M 32,10 (26,41), Mindelheim M 29,90 (24,37), Füssen M 28,35 (26,76).

Der niedrigste Index ist in Traunstein mit M 27,29 und der höchste in Zimmernstadt mit M 32,10. Die Steigerung gegen März 1914 bewegt sich zwischen M 1,28 und M 7,23. Im Durchschnitt beträgt dieselbe M 4,80.

Die Preise differieren zum Teil ganz gewaltig. Der Pfundpreis beträgt bei Rindfleisch (in Pfennigen) 80 bis 100, Schweinefleisch 90 bis 120, Hammelfleisch 70 bis 90, Reis 30 bis 52, Speisebohnen 32 bis 65, Erbsen 30 bis 85, Weizenmehl 24 bis 32, gedörrten Zwetschen 32 bis 70, Kartoffeln 4 bis 8, Schwarzbrot 15 bis 25, Butter 110 bis 160, Zucker 26 bis 32, Kaffee 160 bis 200. Ein Liter Milch kostet 16 bis 21 S.

Da nun seitens der Kreisregierung von Oberbayern die Höchstpreise für Kartoffeln erhöht worden sind, und zwar im Kleinverkauf um 3 S das Pfund, tritt eine weitere Steigerung des Lebensmittelaufwandes ein. Bei Kartoffeln erhöht jeder Pfennig Steigerung die Indeziffer um 18 S.

### Der Krieg und die Steuerkraft der Bevölkerung.

ssc. Der neue Reichsschatzsekretär, Professor Dr. Helfferich, hat es in seiner breit aussholenden Staatsrede vermieden, auf die Frage einzugehen, welche neuen Steuerquellen erschlossen werden sollen, um die infolge des Krieges entstehende und noch entstehende ungeheuer hohe finanzielle Mehrbelastung des Reichshaushaltes zu decken. Man kann diese Zurückhaltung verstehen. Dem praktischen Finanzmann Helfferich kann nicht unbekannt sein daß der Krieg auch beim günstigsten Ausgang doch für viele Millionen von Staatsbürgern eine schwere wirtschaftliche Schädigung, für eine unabsehbar große Masse sogar den Abstieg aus einer gewissen Wohlhabenheit in proletarische Armut bedeutet. Unter solchen Verhältnissen wird gerechterweise an eine Vermehrung der indirekten Besteuerung nicht zu denken sein. Eine nach der Höhe des Einkommens und des Vermögens abgestufte, nach oben hin kräftig zugreifende direkte Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer kann nicht mehr umgangen werden. Mit ihr muß es auch möglich sein, den „Kriegsmillionären“ den während der Kriegsnot errafften Spekulationsgewinn zum großen Teil wieder abzunehmen.

Zweifellos ist die Steuerkraft der Bevölkerung seit einer Reihe von Jahren im Wachsen begriffen; ob sich das deutsche Nationalvermögen in letzter Zeit gerade um eine Milliarde Mark vermehrt hat, wie von Finanzfachleuten behauptet wird, bleibe dahingestellt. Jedenfalls geht aus den Nachweisen der preußischen Staatsfinanzverwaltung eine ganz bedeutende Erhöhung des Einkommens der Steuerzahler während der letzten wirtschaftlichen Aufschwungsperiode (1911/13) hervor. Der Gesamtbetrag der von den physischen und nichtphysischen Personen in Preußen zu erhebenden Einkommensteuer summe betrug nebst Zuschlägen für 1912 rund 377,5, für 1914 aber 442,8 Millionen Mark; eine Zunahme von 17 pZt. innerhalb zweier Jahre. Der Etat für 1915 rechnet mit einer Einnahme von 487 Millionen Mark Einkommen- und Ergänzungssteuer, also mit rund 40 Millionen Mark weniger Einkommensteuer, als für 1914 veranschlagt waren. Hier sind die Kriegswirkungen berücksichtigt, und doch rechnet das Finanzministerium auch während des laufenden Kriegsjahres mit einem nur wenig hinter dem für 1914 „zu erhebenden“ zurückbleibenden Steuerbetrag. Ob die Rechnung einigermaßen stimmt, ist allerdings fraglich.

Die letzten preußischen Steuernachweisungen ergaben eine Zunahme der Steuerkraft in allen Teilen des Landes. Ein Vergleich zeigt folgendes. Es betrug durchschnittlich in Mark:

	Das auf jeden Benfiten veranschlagte Einkommen		Der Jahresbetrag der veranschlagten Steuer pro Kopf der Gesamtbevölkerung	
	1912	1914	1912	1914
Städte.....	2413	2503	11,85	12,54
Landgemeinden über 2000 Einwohner.	1804	1918	5,65	6,81
Landgemeinden unter 2000 Einwohnern	1855	1901	2,71	3,20
Im ganzen Staatsgebiet.....	2207	2285	7,30	8,27

Das durchschnittliche Einkommen der Benfiten wie der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Betrag der Gesamtsteuereinnahme sind natürlich am größten in den Städten. Damit ist indessen nicht gesagt, daß die Lage der städtischen Bevölkerung entsprechend günstiger ist als

die der ländlichen. Man kann ruhig annehmen, daß in solchen bäuerlichen Landgemeinden, in denen immer noch ein Teil des Einkommens der lohnarbeitenden Bevölkerung in Naturalien besteht, die zu den ortsüblichen, oft weit unter den Marktpreisen in den Städten stehenden Preisen angerechnet werden, die Bevölkerung nicht schlechter daran ist als jene Industriearbeiterschaft, die zwar ein steuerpflichtiges Einkommen (über M 900 jährlich) bezieht, aber ungleich mehr für ihren notdürftigsten Lebensunterhalt zahlen muß. Trotz der nobilierenden Verkehrsverhältnisse unterliegt eben doch die Kaufkraft des Einkommens je nach den Landesteilen erheblichen Schwankungen. Darum wird die übliche Schematisierung der unteren Grenze des steuerpflichtigen Einkommens den tatsächlichen Steuerverhältnissen schon nicht gerecht, ganz abgesehen von der Entwertung des Geldes seit Inkrafttreten des preußischen Einkommensteuergesetzes.

Auch die Zahl der Benfiten im Verhältnisse zur Bevölkerung ist gewachsen. 1912 kamen auf je 100 Einwohner im Staatsgebiet 17,2 Benfiten, 1914 waren es 18,64. Betrachtet man nun die speziell nachgewiesenen Einkommensgrößen in den Stadtgebieten, dann macht man eine Erfahrung, die die vielgebrauchte Redensart von den „schaffenden Ständen in der Volkswirtschaft und im Staate“ merkwürdig illustriert. Unter „schaffenden Ständen“ sind doch wohl vornehmlich die Werte erzeugenden Volksteile zu verstehen, denen deswegen von Rechts wegen ein höherer Anteil an den volkswirtschaftlichen Erträgen zukommt. Die preußische Einkommensteuerstatistik lehrt das Gegenteil. Das durchschnittliche Einkommen der Benfiten betrug im Jahre 1914 in

Neußölln.....	M 1856	Lichtenberg-Berlin..	M 1789
Gelsenkirchen.....	" 1793	Linden-Hannover...	" 1779
Hamborn.....	" 1712	Königshütte, O.-Schl.	" 1622
Spandau.....	" 1952	Reddinghausen.....	" 1932
Buer i. Westfalen..	" 1666	Herne i. Westfalen..	" 1847
Alle preußischen Städte.....	M 2605		
Staatsgebiet.....	" 2285		

In allen angeführten Städten blieb das durchschnittliche Einkommen der Benfiten weit hinter dem Gesamtdurchschnitt der preußischen Städte, ja sogar hinter dem mittleren Einkommen aller preußischen Benfiten zurück. Die Bevölkerung in diesen Städten ist ganz überwiegend industriell tätig, trägt also in hervorragendem Maße zur Vermehrung der volkswirtschaftlichen Werte, des „Nationalvermögens“, bei. Aber je ausgeprägter großindustriell die Bevölkerung tätig ist, um so tiefer steht das besteuerte Durchschnittseinkommen!

Ein ganz anderes Bild bieten folgende Zahlenreihen. Das Durchschnittseinkommen der Benfiten betrug in

Frankfurt a. M. ...	M 3802	Charlottenburg....	M 4324
Schöneberg-Berlin..	" 3517	Wiesbaden.....	" 4179
Wilmerdorf-Berlin..	" 4844	Bonn.....	" 3673
Koblenz.....	" 3224	Göttingen.....	" 3098

In allen diesen Städten geht das Durchschnittseinkommen der Benfiten weit über den städtischen und den staatlichen Durchschnitt überhaupt hinaus. Keine dieser Städte ist der Sitz einer unserer großen Industrien, sondern es sind vorwiegend Rentnerstädte, abgesehen von Frankfurt, das seine Reichtümer der altangesehnen Handels- und Bankwelt verdankt. Jedenfalls ruht das wichtigste Schwergewicht der neue Werte „schaffenden Stände“ nicht in den Rentnerstädten, sondern, abgesehen von den agrarischen Bezirken, in den Industriestädten mit ihrem weit unter dem Normalmaß bleibenden Durchschnittseinkommen der Benfiten. Während 1914 in Schöneberg-Berlin, dem Wohnsitz der „Millionenbauern“, pro Kopf der Bevölkerung durchschnittlich M 28,96 veranschlagte Einkommensteuer kamen, waren es in der angrenzenden Arbeiterstadt Neußölln nur M 9,61 und in dem ober-schlesischen Königshütte gar nur M 3,67.

Die Steuerkraft ist bis zum Kriegsbeginn überall gewachsen, am stärksten aber in den Bezirken, wo die Benfiten keine neuen Werte der Volkswirtschaft zuführen. An dieses reichliche arbeitslose Rentnereinkommen und mühelos sich vermehrende Vermögen wird die Reichsfinanzverwaltung zur Verzinsung und Tilgung der gewaltig erhöhten Reichsschulden energisch heranzutreten müssen.

### Die Voraussetzung für einen dauernden Weltfrieden.

Ein lebenskluges Wort sagt, die Heuchelei sei die Verbeugung des Lasters vor der Tugend. Der Schlechte schämt sich, sich so zu zeigen, wie er ist. Er verleugnet darum im Umgange mit andern seine wahre Natur und möchte als anständiger Mensch erscheinen. Er verstellt sich, er heuchelt. Weil aber letzterem Worte ein unangenehmer Geruch anhaftet, vermeidet man es gern und spricht dafür von „konventionellen Lügen“, von „weltmännischer Gewandtheit“, von „geschmeidigem Umgangston“, oder welche andere Umschreibung für dieselbe Sache man bevorzugen mag. Im Grunde läuft alles auf dasselbe hinaus, nämlich auf das Bestreben, ein anderer zu scheinen, als man



ist. Nun kann zwar von niemandem verlangt werden, daß er in jedem Augenblicke und allen gegenüber sein Herz auf der Zunge trägt. Wer sich von dieser Naivität nicht freimachen kann, wird bald genug zum Schaden den Spott ernten. Zwar ist eine solche Konversationsmagime in der Arbeiterbewegung früher kaum bekannt, geschweige denn in Übung gewesen. Sie hat inzwischen aber Schule gemacht, ist also bekannt und oft genug zum Schaden der Arbeiterbewegung im Gebrauch. Diese Konversationsmagime gehört eben, wie gesagt, in der Kulturwelt zum geschmeidigen Umgangston. Aber es ist ein Unterschied, ob man sein Inneres verleugnet, weil man sich desselben zu schämen hat, oder ob man gelegentlich von der Kulturerrungenschaft Gebrauch macht, nicht jedem alles auf die Nase zu binden, was man denkt oder erstrebt.

Im Kriege gelangt nun die Kunst der Verstellung zu virtuoser Entfaltung. Jeder versichert natürlich, er allein sei aufrichtig und wahr, ihm allein dürfe man glauben, alle andern seien Lügner. Wenn beispielsweise die russische Regierung erklärt hat, sie habe das Schwert gezogen, um für die Freiheit der Völker zu kämpfen, so ist das eine Leistung, die sich schon sehen lassen kann. Oder wenn England seine Teilnahme am Kriege aus der sittlichen Entrüstung heraus rechtfertigen will, die es über die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland empfunden habe, so ist das angesichts der seit Jahrhunderten betriebenen Politik der englischen Regierung eine Behauptung, für die der Begriff Scheuerei kaum noch genügt. Die wahre Ursache aller Kriege hat der griechische Philosoph Platon schon vor weit über 2000 Jahren in seinem „Phädon“ angegeben, wenn er sagt: „Alle Kriege entstehen um den Besitz des Geldes“.

Was im letzten Jahrzehnt geleistet worden ist, um die Völker einander näherzubringen, mit welcher aufrichtigen Hingabe Friedensfreunde aus allen Nationen bestrebt waren, die Steine des Anstoßes aus dem Wege zu räumen, verdient volle Anerkennung, hat aber nicht verhindern können, daß plötzlich die furchtbare Katastrophe des allgemeinen Krieges über Europa hereingebrochen ist. Es ist begreiflich, wenn mancher verzweifelt bei dem Gedanken, daß ein solcher entsetzlicher Krieg noch möglich gewesen ist, wenn er pessimistisch meint, es nütze doch alles nichts, die geheimen Macher behielten ja doch die Fäden in der Hand und vermöchten alle Friedensgewebe zu zerreißen, wenn der geeignete Augenblick gekommen sei.

Zu dieser an allem Kulturaufstieg verzweifelnden Auffassung liegt jedoch kein Anlaß vor. Es liegt vielmehr ein gutes Stück Wahrheit in der Behauptung, der Krieg sei das Symbol der seelischen Hochspannung des Idealisten der alten Schule, er wurzle in dem Gefühle, die eigene Nation rüchhallos durchsehen zu wollen und an die Spitze der Völker zu führen, es sei der größte Ausdruck der Liebe zum eigenen Volke und Boden im alten Sinne, das in Eifen geschiente Ideal, das sich seit Urzeiten in seinen Absichten, Zielen und Gefühlen geäußert habe, wenn es auch die Mittel modernster Technik benutze. Noch gibt es viele, die sich nicht von der Annahme trennen können, Kriege würden vorkommen, solange es Menschen gebe. Sie berufen sich auf die Tatsache, schon seit Jahrtausenden seien begeisterte Friedensapostel aufgetreten, überall habe man ihnen zugejubelt und ihre Lehre für richtig gehalten, und doch hätten die Kriege nicht aufgehört. Das ist an sich richtig, beweist aber nicht, daß nicht doch noch kommen wird, was bisher nicht gekommen ist, nämlich die Zeit des kriegslosen Zusammenlebens der Völker, die Zeit des ewigen Völkerfriedens.

Beim Bestreben des Weltfriedens ringt ein neues Menschheitsideal mit dem alten, das bisher die Völker beherrscht hat und dessen Grundlage die Auffassung war, im Zusammenleben der Völker und im Streit um die besten Plätze an der Futterrippe gehe es nun einmal ohne gelegentliche Kriege nicht ab. Solange diese Weltanschauung die Politik der Völker beherrscht, wird natürlich ein dauernder Frieden nicht erreicht werden. Die tiefsten Ursachen der Kriege sind wirtschaftlicher Natur. Das war auch beim gegenwärtigen Kriege von vornherein klar und gelangt in seinem weiteren Verlaufe immer deutlicher zum Ausdruck. Wollen wir darum den Ausbruch weiterer Kriege verhindern, so müssen wir eine Wirtschaftsform finden und durchzuführen, die solche gewalttätige Explosionen, wie es die Kriege sind, von vornherein ausschalten.

Wohle Verträge können den Frieden nicht sichern, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse ihm immer wieder neue Nahrung zuführen. An gutgemeinten Verträgen hat es niemals gefehlt. Sie zerstoßen stets wie Blasen, wenn die wirtschaftlichen Reibungen den Kriegsfunkten ins Pulverfaß werfen. Der Kulturhistoriker Jakob Burckhardt hat gesagt, an dem gegenwärtigen Kriege seien zwei Krisen beteiligt gewesen, einmal die Krise, die das Germanentum vom Slawentum bedroht, zweitens die Frage, ob England oder Deutschland auf dem Weltmarkte die führende Rolle spielen sollte. Wenn zwei weltgeschichtliche Krisen sich schneiden, freffe sich die im Augenblick stärkere durch die schwächere hindurch. Die stärkere aber ist die wirtschaft-

liche Frage der Herrschaft auf dem Weltmarkte gewesen. So erklärt es sich auch, daß die bei Kriegsbeginn ausgegebene Parole, es gelte einen Kampf gegen den slawischen Zorismus, nach und nach abgelöst worden ist durch die Parole, vor allem komme es an auf Zerbrechung des Welt-handels- und Seemachtsmonopols, das England für sich in Anspruch nehme. Kurz, England sieht in Deutschland seinen Nebenbuhler, um diesen zu vernichten, führt es Krieg. Die Nebenbuhlerschaft ist wirtschaftlicher Art; es ist ein Kampf der Volkswirtschaften, und einem Einbruch ökonomischer Fragen können die Völker bei und unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung keinen Damm entgegensetzen. Ist es doch eben der Kapitalismus, der die Reibungen erzeugt und nach der Herrschaftsstellung, nach Niederwerfung seiner Konkurrenten strebt.

Mit dieser Erkenntnis sind wir zur Lösung der Frage gelangt, welches die Voraussetzungen für einen dauernden Weltfrieden sind. Alle Verträge, alle Abrüstungsvorschläge, alle schriftlichen und beschworenen Rechtsfestsetzungen können keine genügende Sicherheit bieten. Die genaue Festlegung seiner Rechte ist für jedes Einzelwesen sicher von größter Bedeutung. Und daß die Demokratisierung des Rechts, also die Entfernung aller Privilegienrechte und die Durchführung der vollen und ausnahmslosen Gleichberechtigung aller Volksglieder durchgesetzt werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit unserer zukünftigen inneren Politik. Aber der Weltfrieden wird auch dadurch noch nicht gesichert. Er kann nur herbeigeführt werden, wenn im Warenaustausch auf dem Weltmarkte nicht mehr die kapitalistischen Profitinteressen entscheidend sind, sondern wenn der Warenaustausch im Sinne der Solidarität aller Völker erfolgt, wenn jedes Volk ohne besonderen Gewinn den andern abgibt, was es im Ueberflusse hat und dafür, wiederum ohne dabei übervoiteilt zu werden, von den andern Völkern erhält, was ihm fehlt.

Diese Völkersolidarität im sozialistischen Sinne ist allein die Voraussetzung für einen dauernden Weltfrieden.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Feststellungen über den Mitgliederbestand in den Zahlstellen.

In dieser Woche gelangt das Material für die Feststellungen im zweiten Vierteljahr (April, Mai und Juni) zum Versand. Es ist durchweg an die Zahlstellenvorsitzenden gerichtet, nur in einzelnen Fällen an die Zahlstellenkassierer. Diese haben dafür zu sorgen, daß die mit der Führung der Statistik Beauftragten das Material rechtzeitig eingehändigt bekommen. Ueber die Benutzung des Materials dürfte nunmehr hinreichend Klarheit bestehen, da Veränderungen daran nicht vorgenommen worden sind. Neu hinzugekommen ist nur eine Liste, worin das jeweilige Ergebnis der Feststellungen einzutragen ist. Diese Liste bleibt in Händen der Zahlstelle.

Wir möchten nochmals darauf hinweisen, daß für jeden Feststellungstermin beide Hälften der Doppelparte, die an den Zentralvorstand sowohl als auch die an den Gauleiter, rechtzeitig abzugeben sind. Für die Zahlstellen der Gaue 8 (Provinz Sachsen und Anhalt) und 16 (Württemberg) ist die bisherige Form der Einzelkarte beibehalten, da die Vorsitzenden dieser Gaue zum Militär eingezogen und Stellvertreter nicht bestellt sind. Die Zahlstellen dieser Gaue schicken nach wie vor die ausgefüllte Karte direkt an den Zentralvorstand, wie das ja die ihnen zugehenden Karten auch ausweisen.

Zahlstellen, die bis Ende dieses Monats noch nicht in den Besitz des Materials gelangt sind, werden aufgefordert, sofort hierher Mitteilung gelangen zu lassen, damit die Zustellung noch rechtzeitig erfolgen kann.

Der Zentralvorstand.

### Kassengeschäftliches.

Das erste Quartal dieses Jahres ist buchmäßig mit dem 28. März beendet. Jeder Zahlstellenkassierer hat — unbekümmert um etwaige Restanten — seine Bücher mit diesem Datum abzuschließen und die Abrechnung für die Hauptkasse aufzustellen. Letztere ist, nachdem sie von den Revisoren geprüft und unterzeichnet ist, bis spätestens zum 15. April mitamt den noch an die Hauptkasse abzuführenden Geldbeträgen an letztere einzufenden. Desgleichen müssen alle Belege über der Hauptkasse für das erste Quartal in Rechnung gestellte Ausgaben bis zum bezeichneten Termin der Hauptkasse zugeführt sein.

Einnahmen und Ausgaben, die nach dem 28. März gemacht werden, fallen nicht mehr unter den Rechnungsabluß des ersten Quartals, sondern gehören in die Abrechnung für das zweite Quartal.

Bezüglich der für die Arbeitslosenunterstützung benötigten Vorschüsse weisen wir nochmals darauf hin, daß solche unter allen Umständen nur auf Grund der bei der Hauptkasse einlaufenden, ordnungsgemäß ausgefüllten und unterzeichneten Geldbestellkarten versandt werden. Dabei ist zu beachten, daß auf der für den Kassierer vorgebrachten Zeile immer der Name und die genaue Adresse desselben zu stehen kommt, da sonst leicht Verwechslungen passieren können.

Adolf Römer, Kassierer.

## Rechnungsabluß

### des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 4. Quartal 1914.

#### a) Lokalkassen.

##### Einnahmen.

An Vermögensbeständen vom 3. Quartal . . . . .	M.	935313,09
„ Lokalfondsbeiträgen . . . . .	„	100898,57
„ sonstigen Einnahmen . . . . .	„	29526,48
Summa . . . . .	M.	1065738,14

##### Ausgaben.

Per örtliche Aufwendungen . . . . .	M.	174127,33
„ Guthaben diverser Zahlstellen an die Zentralkasse . . . . .	„	1333,66
„ Vermögensbestände der Zahlstellen am Schlusse des 4. Quartals . . . . .	„	890277,15
Summa . . . . .	M.	1065738,14

#### b) Zentralkasse.

##### Einnahmen.

An Vermögensbestand vom 3. Quartal . . . . .	M.	4043464,31
„ Guthaben der Zentralkasse in den Zahlstellen vom 3. Quartal . . . . .	„	148066,02
„ Eintrittsgebühren . . . . .	„	1226,—
„ Zentralfondsbeiträgen . . . . .	„	268616,65
„ diverser Verbandsliteratur . . . . .	„	90,75
„ Bücherfaterialen . . . . .	„	18,80
„ Duplikaten . . . . .	„	15,75
„ Kopportagemarken . . . . .	„	12,60
„ Zinsen . . . . .	„	14825,90
„ Reiseunterstützungen a conto Arbeitsvermittlung zurück . . . . .	„	2463,35
Summa . . . . .	M.	4478800,13

##### Ausgaben.

Per Agitation . . . . .	M.	24139,44
„ Arbeitslosen-Unterstützungen . . . . .	„	37807,45
„ Familien-Unterstützungen . . . . .	„	88608,—
„ Flüchtlings-Unterstützungen . . . . .	„	137,10
„ Gemäßregelten-Unterstützungen . . . . .	„	404,32
„ Konferenzen und Sitzungen . . . . .	„	1461,90
„ Rechtschuhunkosten . . . . .	„	784,61
„ Reichsversicherungsbeiträge . . . . .	„	2666,40
„ Statistikunkosten . . . . .	„	2094,60
„ Streifunkosten, Nachträge . . . . .	„	525,02
„ Verbandsorgan „Der Zimmerer“ . . . . .	„	4901,41
„ verbranntes Handwerkzeug . . . . .	„	287,10
„ Verwaltungunkosten (zentrale) . . . . .	„	6214,77
„ Verwaltungunkosten (allgemeine und fachliche) . . . . .	„	2048,73
„ diverse Aufwendungen . . . . .	„	760,69
„ Guthaben der Zentralkasse am Schlusse des 4. Quartals . . . . .	„	217244,39
„ Vermögensbestand der Zentralkasse am Schlusse des 4. Quartals . . . . .	„	4088714,20
Summa . . . . .	M.	4478800,13

Im Laufe des 4. Quartals lösten sich infolge Einberufung fast sämtlicher Mitglieder 19 Zahlstellen auf, so daß am Schlusse des Quartals 775 Zahlstellen mit 31 381 Mitgliedern gezählt wurden.

NB. Die Mitgliederbewegung folgt in nächster Nummer.

Adolf Römer, Kassierer,  
Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

Obigen Rechnungsabluß mit den Hauptbüchern verglichen und mit diesen übereinstimmend befunden zu haben, bestätigen

H. Cöke, zweiter Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.  
Aug. Staat, Hamburg 25, Bürgerweide 22/8, II. } Revisoren.  
Fritz Düber, Harburg, Marienstr. 78 }

### Bekanntmachungen der Gauvorfände.

#### Gau 5 (Brandenburg).

##### Jahresbericht.

Am Schlusse des Jahresberichts für 1913 schreiben wir: „Die Aussichten für das kommende Jahr sind zwar wenig verlockend, doch hoffen wir, daß die angekündigte gute Baukonjunktur zur Wahrheit werden wird.“ Mit dieser Hoffnung gingen die Arbeiter dem Jahre 1914 entgegen. Deuteten doch alle Anzeichen darauf hin, im Laufe des Jahres werde sich der Baumarkt soweit heben, daß nach und nach eine leidliche Konjunktur entstehen würde. Im Februar äußerten sich sogar einige der ersten Hypothekendarlehenbanken: „Die schlimmsten Zeiten für den Baumarkt sind vorüber. . . . Mit vollen Segeln fahren wir für die Mitte 1914 und die folgenden Jahre in eine ziemlich gute Baukonjunktur hinein.“

Es hatte auch den Anschein, daß das Jahre 1914 halten werde, was sehr viele weitblickende Personen sich von ihm versprochen hatten. Die Verbilligung des Geldstandes war eingetreten. Noch vor Jahresabluß 1913 war eine Ermäßigung des Reichsbankdiskonts in zwei Abschnitten von 6 auf 5 pzt. erfolgt. Des weiteren zeigte sich eine günstige Entwicklung der heimischen als auch der internationalen Geldmarktverhältnisse, so daß am 22. Januar wiederum eine Ermäßigung von 5 auf 4½ und am 5. Februar von 4½ auf 4 pzt. eintrat. Trotz der leichten Besserung am Geldmarkt konnte man in den ersten Monaten einen merklichen Einfluß auf die Bautätigkeit nicht spüren. Die Arbeitslosigkeit war im Januar und Februar sogar noch größer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Erst nach und nach, vom April ab, ist eine allmähliche Besserung zu merken. Dies trifft aber nicht für das ganze Gauegebiet zu, sondern wiederum nur für einen Teil der Zahlstellengebiete.

Nach den Berichten aus den einzelnen Zahlstellen wird die Arbeitsgelegenheit in 20 Zahlstellen als gut, in 29 als schlecht und in 15 als mittelmäßig bezeichnet.

In der Zeit, wo sich dann die Bautätigkeit günstig entfaltete, ließ der plötzliche Ausbruch des Krieges alle Hoffnungen zuschanden werden. Nach der allgemeinen Stö-



in den ersten Kriegswochen trat dann eine leidliche Besserung der Beschäftigungsgelegenheit für uns Zimmerer ein, die mit einigen Unterbrechungen bis Jahreschluss anhält. Durch die verschiedenen Barackenbauten im Gau und auch in andern Landesteilen entstand sogar zeitweise eine Nachfrage nach Zimmerleuten. Die Gefangenenlager in Brandenburg, Crossen a. d. O., Groß-Breesen b. Guben, Halbe, Gabelberg, Döberitz, Wünsdorf und Boffen haben viel Arbeit für Zimmerer gebracht. Ferner wurden nach Bekanntgabe der Reichsregierung nicht nur die bereits angefangenen Bauten fortgeführt, sondern es sollen auch die im Etat bewilligten zur Ausführung gelangen.

Mit der kommunalen Bautätigkeit in den einzelnen Gemeinden ist es beim alten geblieben, wie schon im „Zimmerer“ Nr. 45 vorigen Jahres berichtet wurde. Es sind eben nur wenige Gemeinden, die zur Belegung der Bautätigkeit beitragen. Die Stadt Potsdam hat sogar die bereits von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Bauten auf unabsehbare Zeit zurückgestellt. Die private Bautätigkeit liegt vollständig daneben; es ist auch wenig Aussicht vorhanden, daß sie sich für das kommende Jahr belebt. Zu diesem Zweck ist die Kriegs-Arbeitsgemeinschaft gebildet worden. Öffentlich sind ihre Arbeiten für das Frühjahr von mehr Erfolg begleitet als bisher. Der Bezirksausschuß der Arbeitsgemeinschaft für die Provinz Brandenburg hatte von vornherein 14 größere Orte bestimmt, in denen Ortsausschüsse gebildet werden sollten. Das ist überall geschehen, nur in Spandau nicht. Die Arbeitgeber Spandaus vertragen die Einsetzung eines Ortsausschusses auf drei Monate mit der Begründung, daß Arbeitslosigkeit nicht vorhanden sei. Außerdem beantragten noch die Arbeiter des Baugewerbes in Königs-wusterhausen und in Prenzlau die Bildung eines Ortsaus-schusses. In ersterem Ort mit Erfolg, hingegen steht in Prenzlau trotz Schreibens und persönlicher Vorstellungen wendens eine Antwort der Unternehmer noch aus. Mit dem Ortsausschuß in Berlin bestehen in der Provinz Brandenburg zusammen 15 Ortsausschüsse. Durch den Bezirksausschuß sind bis Ende des Jahres 74 Eingaben an die verschiedensten Behörden und 63 an die Magistrate versandt worden. Darauf haben gleich geantwortet: der Regierungspräsident in Potsdam und in Frankfurt a. d. O., die Eisenbahndirektion Berlin und die Kaiserliche Ober-Postdirektion Frankfurt a. d. O.

Der kgl. Regierungspräsident in Potsdam schreibt: „Mit Dank für die gegebene Anregung vom Dezember 1914, betreffend Bekämpfung der allgemeinen Arbeitslosigkeit, teile ich ergebenst mit, daß durch Erlass des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 28. August 1914, betreffend die Fortsetzung schon begonnener sowie die Inangriffnahme neuer Bauten und die Vergebung von Bauarbeiten der durch den Krieg geschaffenen Notlage des Baugewerks in weitgehendem Maße Rechnung getragen worden ist.“ Auch die übrigen Schreiben sind in ähnlicher Weise gehalten; die Arbeiten sollen nach Möglichkeit gefördert werden, um dem gesamten Baugewerbe in diesen Zeiten Gelegenheit zur Betätigung zu geben.

Die agitatorische Tätigkeit des Gauvorstandes wurde durch die im Frühjahr besonders auftretende schlechte Arbeitsgelegenheit sehr beeinträchtigt und durch Ausbruch des Krieges gänzlich unterbrochen.

Alle geschaffenen Verbindungen gingen wieder verloren. In Treuenbriezen hatte es den Anschein, als würden wir dort wieder festen Fuß fassen. Für acht Kameraden war bereits das Eintrittsgeld nach Hamburg gesandt, die meisten davon wurden aber gleich zum Heeresdienst eingezogen, und die übrigen Zimmerer gaben es auf, die Zahlstelle ins Leben zu rufen. Auch die Rindower Kameraden, die 1913 ausgetreten waren, hatten sich an den Zentralvorstand gewandt, um wieder in den Verband einzutreten. Die Vorarbeiten waren erledigt und die Versammlung zum 2. August angelegt. Der Drang zur Organisation war aber so stark, daß nur ein einziger Kamerad erschienen war. Auch die in Wittstod und Kyritz anfänglich erfolgversprechende Agitation verlief resultatlos. Dennoch ist die Agitation von einem kleinen Erfolg begleitet gewesen. In Prenzlau und Plaue wurden neue Zahlstellen errichtet, die sich auch während des Krieges gehalten haben. Die Zahlstelle Lieberose, deren Mitglieder schon immer nicht viel Interesse an dem Tag legten, ging infolge der mäßlichen Verhältnisse immer mehr zurück, so daß im zweiten Quartal nur noch fünf Mitglieder vorhanden waren. Durch den plötzlichen Kriegsausbruch ist die Zahlstelle gänzlich aufgegeben.

Im April und Mai fanden 58 Agitationsversammlungen statt. Die Referate hatten die Kameraden Kömer und Schönsfelder aus Hamburg, die Gauvorstandsmitglieder und noch einige Berliner Kameraden übernommen. Die Versammlungen haben anregend gewirkt, der Besuch konnte durchschnittlich als gut bezeichnet werden, bis auf acht Versammlungen, die einen schlechten Besuch aufzuweisen hatten.

Die Mitgliederbewegung zeigt folgendes Bild. Am Schlusse des Jahres 1913 waren in 62 Zahlstellen 4495 Mitglieder vorhanden. Im zweiten Quartal in 64 Zahlstellen 4685 Mitglieder und am Schlusse des Berichtsjahres 8100 Mitglieder in 68 Zahlstellen.

Bis zum 31. Dezember 1914 waren 1640 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen; rechnen wir diese dem Bestande hinzu, so betrug die Mitgliederzahl 4740.

Ueber die Entwicklung der Arbeitgeberverbände im Gau läßt sich diesmal wenig berichten. Der Brandenburgische Provinzial-Arbeitgeberverband zählte 1913 271 Mitglieder und im Berichtsjahr 266. Acht Ortsverbände weisen einen kleinen Rückgang und drei Ortsverbände eine geringe Zunahme auf. Drei Ortsverbände, Freienwalde, Regin und Spandau, die unmittelbar dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angeschlossen sind, zählen 28 Mitglieder. Der Arbeitgeberverband der beiden Städte Zückerbrog und Ludenwalde zählt 20 Mitglieder und gehört zum Bezirksverband Halle a. d. S. Demnach beträgt die Zahl der organisierten Arbeitgeber, die dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angehören 306 gegen 319 im Vorjahre. Dann bestehen noch die beiden lokalen Arbeitgeberorganisationen in Berlin und Belgig, über die wir zurzeit Angaben nicht machen können.

Die Lohn- und Tarifbewegung hat auch im verfloßenen Jahre sehr viel Arbeit erfordert. Zunächst waren beinahe noch alle Verträge von 1913 zu regeln beziehungsweise die örtlichen Differenzen zu beseitigen. Nicht nur, daß noch nicht alle Schwierigkeiten und Hemmnisse beseitigt waren, die den Abschluß der örtlichen Verträge verzögerten, sondern es kamen neue Differenzen hinzu. Jede Klage des Haupttarifamts brachte neue Entscheidungen, die dazu beitrugen, die Abschlüsse der Ortsverträge in noch weitere Ferne zu rücken. Zu Beginn des Berichtsjahres waren von den 23 Verträgen, die auf Grund der zentralen Bewegung 1913 abgeschlossen sein sollten, erst zwei genehmigt. Nach und nach sind es doch 15 geworden, die nun genehmigt sind und als abgeschlossen gelten.

In folgenden sieben Zahlstellen: Brandenburg, Guben, Zückerbrog, Lychen, Schmiebus, Spandau und Zehdenick sind die Verträge noch nicht zum Abschluß gelangt, trotzdem eigentliche Differenzen nicht mehr bestehen. Die Löhne werden auf Grund der zentralen Verhandlungen vom 1. beziehungsweise 6. Mai 1913 in allen Orten gezahlt, mit Ausnahme von Lychen, Schmiebus und Zehdenick. Leider waren in diesen drei Orten die Arbeitsverhältnisse derartige, daß unsere Kameraden von der uns zustehenden Handlungsfreiheit keinen Gebrauch machen konnten. Der Oberberger Vertrag gilt als geregelt. Dabei ist aber zu bemerken, daß alle Arbeitgeber aus dem Angermünder Arbeitgeberbund ausgetreten sind, weil sie es müde waren, immer wieder Veränderungen an dem abgeschlossenen Vertrag vorzunehmen.

In 15 Zahlstellen, deren Verträge 1914 abliefen, wurde zum Vertragsablauf Stellung genommen. Leider mußten die Kameraden in Beetz, Belgig, Budow, Groß-Neuendorf, Gernsdorf und Kammer infolge der durchweg schlechten Bautätigkeit ihre Wünsche auf eine spätere Zeit zurückstellen. Die restlichen neun Zahlstellen und noch drei andere, wo Verträge nicht bestanden, reichten ihre Forderungen auf Lohnerhöhung ein. Zehn Bewegungen mit 39 Betrieben, 359 Beschäftigten, davon 275 Verbandsmitglieder, waren ganz oder teilweise erfolgreich, und zwei Bewegungen mit 4 Betrieben, 62 Beschäftigten, davon 30 Verbandsmitglieder, blieben unerledigt. In vier Orten kamen wir zu einer friedlichen Lösung, während in sechs Zahlstellen gestreikt werden mußte.

Die Zahlstelle Angermünde forderte 5 1/2 mehr pro Stunde. Nach vorausgegangenem Schriftwechsel konnte auf dem Wege der Verhandlung eine Einigung erzielt werden. Der Vertrag wurde mit 3 1/2 Lohnerhöhung, 2 1/2 für 1914 und 1 1/2 für 1915, abgeschlossen, er hat bereits die Genehmigung erhalten. Nur eine Firma weigerte sich, diesen Vertrag anzuerkennen. Die Kameraden mußten erst drei Tage streiken, um auch bei dieser Firma den Vertrag zur Einführung zu bringen. In Hennigsdorf kam auch durch Verhandlungen ein Vertrag mit den zwei in Betracht kommenden Firmen zustande. Der Vertrag gilt bis zum 30. April 1916 und sieht ebenfalls eine Lohnerhöhung von 3 1/2 pro Stunde vor. Die Kameraden in Lübben forderten 5 1/2 Stundenlohn, sie erhielten bis dahin 4 1/2. Erreicht wurden 50 1/2 sofort und 51 1/2 für 1915. Für Nauen war auf friedlichem Wege nichts zu erreichen, so daß zum äußersten Mittel gegriffen werden mußte. Ein hartnäckiger Kampf entbrannte, der besonders durch die vielen von außerhalb herangezogenen Arbeitswilligen erschwert wurde, die vollständig den behördlichen Schutz genießen konnten. Doch gelang es unsern Kameraden, durch das einmütige Aushalten im Kampfe, einen wenn auch nur geringen Erfolg zu erzielen. Nach neunehnwöchigem Kampf wurde unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Lange in einer sehr langen Sitzung der Vertragsabluß vollzogen. Es wurden 3 1/2 erreicht, 1 1/2 für 1914 und 2 1/2 für 1915. Diesem Ergebnis stimmten die Kameraden zu.

Die Verhandlungen in Rheinsberg verliefen ebenfalls resultatlos. Nach eintägigem Streik wurde die Forderung von 5 1/2 pro Stunde, verteilt auf drei Jahre, anerkannt. Der Vertrag gilt bis 31. März 1917. Für Viez wurde der Stundenlohn um 1 1/2 im ersten und 2 1/2 im zweiten Jahr erhöht. Zum Abschluß eines schriftlichen Vertrages ist es durch Ausbruch des Krieges nicht mehr gekommen. Das Erreichte kann also nur als mündliche Vereinbarung gelten. In Annaburg wurde der Stundenlohn von 92 auf 95 1/2 erhöht und auf ein Jahr vertraglich festgelegt. Für Königsberg (Neumark) wurde nach sechstägigem Streik das erstmalig ein Vertrag bis zum 31. Dezember 1916 abgeschlossen. Der Stundenlohn wurde um 3 1/2 erhöht und für Ueberlandarbeit 3 1/2 Zuschlag vereinbart. Für Werder bestand kein Vertrag, die gestellten Forderungen wurden abgelehnt. Erst nachdem die Arbeit drei Tage ruhte, wurde die Forderung von 5 1/2 pro Stunde anerkannt und ein Vertrag auf ein Jahr abgeschlossen. In Wirtenwerder mußte zwei Tage gestreikt werden, um die im Verträge vorgesehene Lohnerhöhung von 3 1/2 pro Stunde zu erreichen. Für Kremen und Briesen wurden auch die Verträge gekündigt. Verhandlungen fanden statt, die jedoch kein Ergebnis zeitigten. Diese beiden Bewegungen blieben somit unerledigt. Außer verschiedenen kleineren Begebenheiten ist noch ein Platzstreik in Cüstrin erwähnenswert. Ein neugegründetes Baugeschäft, das dem Arbeitgeberbund nicht angehört, versuchte gleich zu Anfang des Jahres, mitten im Winter, sich den tariflichen Löhnen zu entziehen. Durch eine viertägige Arbeitseinstellung wurden die vertraglichen Löhne anerkannt.

Die Beziehungen zwischen dem Gauvorstand und den Zahlstellen waren auch im Berichtsjahr gut; dies zeigt sich besonders aus dem regen schriftlichen Verkehr und auch den persönlichen Besuchen im Gaubureau. Doch sind auch Zahlstellen vorhanden — zum Glück nur wenige —, die von dieser Regel eine Ausnahme machen. Drei, ja viermal muß erst geschrieben werden, um eine Antwort zu bekommen. Trotz wiederholter Mahnung werden die Fragebogen, Karten, überhaupt alles Statistischematerial, verspätet oder gar nicht eingekandt. Wie wichtig gerade dieser Zweig für den Verband ist, dürfte allen Zahlstellenvorständen bewußt sein. Wir hoffen, daß durch diese Erwähnung nun auch die säumigen Zahlstellen jederzeit ihre Pflicht erfüllen.

G. Knüpfner, Berlin.

Gau 12 (Thüringen).

Jahresbericht.

Am Schlusse des Jahresberichts 1913 wurde ausgesprochen, daß das Jahr 1914 mehr der Agitation gewidmet werden müsse, weil durch die Tarifbewegung 1913 die Agitation vernachlässigt worden sei. Die Agitation wurde Anfang des Jahres 1914 mit Bezirkskonferenzen eingeleitet; in diesen Konferenzen wurde den einzelnen Zahlstellen ihr Arbeitsfeld angewiesen, innere Einrichtungen besprochen, das Beitragszahlen der Mitglieder, welche von einer Zahlstelle in einer andern arbeiten, geregelt und beschlossen, die Mitgliedsbüchertontrolle auf allen Arbeitsstellen des Gaues durchzuführen. Das vom Zentralvorstand herausgegebene Flugblatt wurde im ganzen Gau gut verteilt. Kurz vor Stattfinden der Agitationsversammlungen wurde noch ein von der Gauleitung herausgegebenes Flugblatt verbreitet. Die Agitationsversammlungen waren verhältnismäßig gut besucht. Die ganze Agitationsarbeit war auch von Erfolg. Zwei Zahlstellen, Heubach und Rodach, wurden gegründet. Im ersten und zweiten Quartal wurden zusammen 499 Mitglieder aufgenommen. Der weiteren Agitationsarbeit wurde durch den Krieg ein Ende bereitet. Die ohnehin nicht günstige Bautätigkeit kam mit Ausbruch des Krieges fast vollständig ins Stocken, sie belebte sich in den meisten Zahlstellen des Thüringer Waldes auch bis Ende des Jahres nicht wieder. Nur in wenigen Zahlstellen trat in der dritten Kriegswochen durch Barackenbauten eine Besserung ein. Die Arbeitsvermittlung wurde im Gau organisiert. Ein Teil arbeitsloser Mitglieder konnte an den Barackenbauten untergebracht werden, ebenso konnte einer größeren Anzahl Kameraden Arbeit in Rheinland-Westfalen nachgewiesen werden. Die Privatbautätigkeit lag bis Ende des Jahres vollständig daneben, nur in Jena wurden die angefangenen Koloniebauten, wofür das Baugeld vorher sichergestellt war, fertiggestellt. Ein Teil unserer Mitglieder war gezwungen, sich in Fahrzeug-, Wagon-, Getreide- und sonstigen Fabriken Unterkommen zu suchen. Da der Zimmerer sich in alle Arbeiten fügen kann, so berichtet er in den Fabriken nicht nur Holz-, sondern auch Eisenarbeiten; es gibt Zimmerer, die gegenwärtig Pferdehufeisen für die Militärverwaltungen anfertigen. Die Bautätigkeit im Gau Thüringen wird, soweit es sich übersehen läßt, auch im Jahre 1915 keine Besserung erfahren. Größere Arbeiten liegen nur in Coburg und Weimar vor, Umbau der Bahnhofsgebäude, und in Sömmerda Koloniebauten (Arbeiterwohnungen). In Sömmerda befindet sich eine Gewehrfabrik, welche durch den Krieg voll beschäftigt ist; durch den Zustrom von Arbeitern macht sich ein Wohnungsmangel bemerkbar.

Lohnbewegungen fanden in Arnstadt, Coburg, Kahla (Bezirk Rothenstein) und Steinach (Bezirk Sauscha) statt. In diesen Orten gehören die Zimmermeister dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe als Mitglieder noch nicht an. In Arnstadt und Coburg wurde ohne Arbeitseinstellung ein örtlicher Vertrag mit je 3 1/2 Lohnerhöhung bis 31. März 1917 abgeschlossen. In Rothenstein wurde der alte Vertrag mit 2 1/2 Lohnerhöhung ohne Arbeitseinstellung auf ein Jahr verlängert. In Sauscha kam es zur Arbeitseinstellung. Nach zwölfstündigem Streik wurde der Kampf abgebrochen. Erzielte wurde eine Lohnerhöhung von 2 bis 6 1/2, dadurch wurden die Massenlöhne beseitigt. Zu einem Vertragsabluß kam es nicht, der Stundenlohn wurde durch mündliche Vereinbarung auf 43 1/2 festgesetzt, die Arbeitszeit, welche noch elf Stunden beträgt, soll 1915 auf zehn Stunden verkürzt werden. Kleinere Lohnbewegungen waren noch in Königsee (Lohnerhöhung 2 1/2), Kelbra (Lohnerhöhung 2 1/2), Bürgel (Lohnerhöhung 1 1/2); in Tiefenort kam es bei einem Arbeitgeber mit fünf Mitgliedern zur Arbeitseinstellung. Diese Bewegung ist im Sande verlaufen, die Mitglieder suchten sich andere Arbeit und der Arbeitgeber konnte mit einigen Streikbrechern und Lehrlingen seine Arbeit fertigstellen.

Der mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe geschlossene Burgfrieden während des Krieges ist gebalben worden; es sind aus den Zahlstellen keine Beschwerden wegen Nichtinhaltung der tariflichen Bestimmungen bekannt geworden. Hoffen wir, daß die Arbeitgeber auch in den Orten, wo laut Vertrag am 1. April 1915 eine Lohnerhöhung zu erfolgen hat, sich nicht erst daran erinnern lassen. Auch unsere Mitglieder sind verpflichtet, darauf zu achten, daß der tarifliche Stundenlohn von allen Arbeitgebern gezahlt wird. Da, wo dies nicht geschieht, muß der durch den Tarifvertrag vorgeschriebene Instanzentweg beschritten und eingehalten werden.

Die Tätigkeit im Gau erstreckte sich im verfloßenen Jahre auf 7 Gauvorstandsitzungen, 76 Zahlstellenvorstandsitzungen, 154 Versammlungen, 33 Hausagitationen, 79 Rassenrevisionen und Abrechnungen, 3 Streikkontrollen und 16 Verhandlungen, zusammen 388 Veranstaltungen. Der Gauleiter nahm an 340, andere Mitglieder an 28 Veranstaltungen teil.

An Postausgängen sind 3375 und an Posteingängen 2851 zu verzeichnen.

Am Schlusse des vierten Quartals 1913 bestanden 44 Zahlstellen mit zusammen 2383 Mitgliedern und am Schlusse des vierten Quartals 1914 bestanden 41 Zahlstellen mit zusammen 1461 Mitgliedern. 1189 Mitglieder waren bis zum 31. Dezember zum Militär eingezogen. Die aufgelösten Zahlstellen Floh, Heubach, Schalkau, Schlotheim waren kleine und noch junge Zahlstellen; der größte Teil der Mitglieder wurde zum Militär eingezogen und die paar Zurückgebliebenen zerstreuten sich in alle Winde. Hohenfischen wurde als Bezirk der Zahlstelle Gotha angeschlossen. Es war oft recht schwer, die Zahlstellen aufrechtzuerhalten, weil die Mitglieder, welche nicht zum Militär eingezogen sind, durch die Verhältnisse gezwungen wurden, weit von der Heimat entfernt Arbeit anzunehmen, darunter befanden sich auch Zahlstellenvorstandsmitglieder. Das Beitragsklassieren und Fertigstellen der Quartalsabrechnungen wurde dadurch ungemein erschwert. Es mußte jezt, wo alle Mitglieder zerstreut sind, mehr denn je Pflicht eines jeden Zubaufgebliebenen sein, zur Erhaltung der Organisation und zur Aufrechterhaltung der mit Hilfe der Organisation schwer errungenen Verbesserungen sein Bestes zu tun. Wir werden unsern aus dem Felde zurückkehrenden Kameraden den besten Empfang bereiten, wenn wir ihnen aufrichtig sagen können, wir haben alles, was in unsern Kräften stand, getan, um das zu erhalten, was Ihr vorher mit errungen und erkämpft habt. Rich. Rudloff.



### Gau 13 (Nordbayern). Jahresbericht.

Unauslöschlich in der Geschichte wird das Jahr 1914 sein. In der Arbeiterbewegung im allgemeinen sowohl als auch in der Gewerkschaftsbewegung im besonderen werden seine Ereignisse einen geschichtlichen Markstein bilden. Die nicht gerade unberechtigten Vermutungen, die sich wohl viele über das Schicksal der Arbeiterbewegung im Falle eines Krieges bildeten vor Ausbruch desselben, gingen nicht in Erfüllung, haben keine Bestätigung gefunden. Und wen könnte diese Tatsache wohl angenehmer berühren und wem könnte sie lieber sein als selbst. Ist doch endlich, wenn auch unter Widerstreben, vom Staate und der sie beherrschenden Gesellschaft anerkannt, daß wir uns mit unsern Bestrebungen auf dem richtigen Pfade befinden. Hoffentlich werden uns diese guten Eigenschaften nach dem Kriege nicht ohne weiteres wieder streitig gemacht und abgelehnt.

Hoffentlich düngt das Blut Tausender Klassenbewußter Arbeiter nicht bloß die feindliche Erde, sondern auch das Gewissen jener Faktoren, die heute des Lobes so voll sind über die erstrebenswerten Ziele und guten Eigenschaften der Klassenbewußten Arbeiterschaft, und zu dem Zweck, die Klassengegenstände nach dem Kriege nicht wieder in der alten Form und dem alten Umfange auftauchen zu lassen. Hoffentlich! Ob sich diese Hoffnung erfüllt, muß erst abgewartet werden. Jedenfalls erfüllt sie sich nicht ohne Zutun der organisierten Arbeiterschaft. Und daß diese mit zur Erfüllung dieser Hoffnung beiträgt, ist eine selbstverständliche Pflicht. Eine Vernachlässigung derselben könnte unerwartete und ebenso unangenehme Folgen zeitigen.

Der Boden für die Zukunftsarbeit muß jetzt schon geerntet, die Vorarbeiten müssen jetzt schon begonnen werden. Teilnahmslosigkeit, Verkennung der wahren Situation und Langmut waren der Arbeiterbewegung noch nie förderlich und werden es am allerwenigsten in der jetzigen Zeit sein. Diese Eigenschaften könnten uns recht unerwünschte Ueberaschungen bringen. Uns davor zu hüten, sei unser aller und erste Aufgabe. Die erzieherische Wirkung des Krieges, so erfreulich es ist, eine solche für die Gewerkschaftsbewegung konstatieren zu können, reicht nicht hin, um sich in Friedensgedanken zu wiegen und auf die Zukunft zu bauen. Es muß nach wie vor aufgemuntert, angefeuert werden zu ungeminderter Kraftentfaltung für die weitere Ausbreitung und innere Erstarkung unseres Verbandes. Eine Zeit wie die jetzige, wo alles mit einer gewissen Hochachtung, ja von Respekt erfüllt von den Gewerkschaften spricht, eine Zeit, die es den Gewerkschaften ermöglicht, bei Lösung von Fragen hohen Kultur- und volkswirtschaftlichen Interesses ein gewichtiges Wort mitzureden, darf nicht unausgenutzt bleiben. Günstigere Momente zur Verbreitung und Vertiefung der gewerkschaftlichen Ideen können wir uns mithin gar nicht wünschen. Wir Zimmerer wissen ja auch zu genau, was Geistes Kinder unsere wirtschaftlichen Feinde vor dem Kriege waren, wissen auch ebenso gut, daß sie von diesem Geiste während des Krieges wenig oder nichts einbüßen werden.

Der Geist unserer Unternehmer und ihr Einfluß im Staate und in der Gesellschaft bestimmt den Grad unserer Tätigkeit, muß sie bestimmen. Dieser Grad wird ständig ein hoher sein müssen. Vergewaltigt werden wir uns nur, daß von den 25 für den Gau 13 für das Jahr 1913 abzuschließenden Verträgen erst 14 offiziell abgeschlossen werden konnten, während noch elf ihrer Erledigung beziehungsweise Bestätigung harren. Wir sehen, unbeschadet der kriegerischen Ereignisse und deren erzieherischen Wert, unbeschadet des so viel gepriesenen Burgfriedens, der Klassengegenstände mildern, ja beseitigen soll, unbeschadet der gemeinschaftlichen Tätigkeit in den Kriegsarbeitersgemeinschaften, doch noch lange kein verbürgter Frieden. Dieser Zustand ist vom Geiste der Unternehmer diktiert. Die erzieherische Wirkung des Krieges soll anscheinend nur die Gewerkschaften beeinflussen, der Burgfrieden nur von den Arbeitern gehalten werden, während die Arbeitgeber glauben, sich darüber hinwegsetzen zu dürfen.

Mit der erzieherischen Wirkung des Krieges hat es halt auch so seine Sache; sie ist je nach der sozialen Stellung des einzelnen und der Klasse, der er angehört, verschieden, wird ebenso verschieden bewertet. Versteht die Arbeiterschaft die nötige Nutzenwendung aus ihr zu ziehen, können wir befriedigt sein, und dies zu ermöglichen, sollen wir als nächste und wichtigste Aufgabe mit betrachten. Alle, die sich fähig und berufen fühlen, in dieser Hinsicht bahnbrechend mitzuwirken, sollten keinen Augenblick zögern, sondern mit ihrer Tätigkeit beginnen, um die kommenden, sicherlich schweren Aufgaben zu erleichtern. Noch ist in aller Erinnerung, welche hohe Aufgaben die ersten Monate des Krieges brachten, noch in frischer Erinnerung, wie verschieden die durch den Krieg bedingten außerordentlichen Maßnahmen in der ganzen Gewerkschaftsbewegung beurteilt und bewertet wurden, noch in aller Erinnerung, wie auch mit Worten der heftigsten Kritik nicht geizigt wurde. Wenn diese Zeit überwunden, verhältnismäßig leicht überwunden werden konnte, so ist dies in der Hauptsache doch der unermüdlichen Aufklärung zu danken. Dieser Tugend dürfen wir auch für die Zukunft die Türe nicht verschlossen halten.

Die erste Hälfte des vergangenen Geschäftsjahres war in der Hauptsache von der Behandlung der Frage des Affordparagrafen beziehungsweise seiner Aufnahme oder Nichtaufnahme in den Ortsvertrag beherrscht. Ueberall, mit Ausnahme von Amberg und Bamberg und den Orten, in denen die Unternehmer auf die Aufnahme in den Ortsvertrag freiwillig verzichteten, wurden wir, wenn auch nur der geringste Fall von Affordarbeit nachgewiesen werden konnte, beurteilt, den Affordparagrafen aufzunehmen. Forchheim verzichtete im letzten Augenblick noch darauf. Lohnkämpfe gab es im Berichtsjahre wenige vorzubereiten und zu bestehen. Die 1913 getroffenen Vereinbarungen wurden überall eingehalten. Und leistete sich einmal irgendwo ein Unternehmer Seitensprünge, wurde er ohne sonderliche Anstrengungen wieder auf den Vertragsweg gebracht. Unterhandlungen in Kulmbach führten zu einer Verlängerung des Vertrages um ein Jahr, verbunden mit einer Erhöhung des Stundenlohnes von 4 S. Eine Be-

wegung der in unserm Verbandsort selbst organisiert Säger und Hilfsarbeiter verlief leider im Sande. Trotz einmütiger Arbeitseinstellung und guten Verhaltens der Streikenden konnten den Unternehmern Zugeständnisse nicht abgerungen werden. Es fanden sich so viele Streikbrecher, daß der Streik ohne Ergebnis abgebrochen werden mußte. Bedauerlicherweise ließ sich auch ein organisierter Zimmerer hinreichend, seinen Leidensgenossen in den Rücken zu fallen. Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband in Hof führten zu einem Vertragsabschluss für Kirchenlamitz, einem Bezirk der Zahlstelle Schwarzenbach a. d. Saale. Eine Bewegung der Kameraden in Regnitzlosau bei Neuhau erstigte schon im Entstehen an der Mutlosigkeit der Beteiligten. Selbst hatte einen Platzstreik wegen Maßregelung eines Kameraden. Die Schlichtungskommission als auch das Tarifamt in Selb, das von Arbeitgeberseite angerufen wurde, konnte keine Maßregelung finden und entschied zu unsern Ungunsten. Auch Amberg hatte einen Platzstreik, der durch Spruch der Vertragsinstanzen seine Erledigung fand, welcher zu unserm Nachteil ausfiel.

Die Arbeitsgelegenheit im ersten Halbjahr war eine mittelmäßige, versprach aber für das zweite besser zu werden. Der plötzlich ausgebrochene Krieg ließ dieses Versprechen aber nicht zur Einlösung kommen. In den ersten Kriegswochen trat eine vollständige Stockung ein. Eine nennenswerte und anhaltende Besserung trat im allgemeinen bis jetzt nicht ein. Einzelne Orte sind ja sonderbarerweise ungewohnt gut beschäftigt. Diese geben aber für die Allgemeinheit keinen Ausschlag. Die private Bautätigkeit ruht fast vollständig und allerorten. Die öffentliche Bautätigkeit, das heißt die Ausführung staatlicher und städtischer Bauten, hat ganz bedeutend nachgelassen, insbesondere der Baradenbau, der so vielen unserer Kameraden Beschäftigung gab. Borerst besteht auch keine begründete Aussicht auf Besserung. Alle Anstrengungen der Kriegsarbeitersgemeinschaft blieben bisher so gut wie ohne Erfolg. An Versprechungen der Kriegsarbeitersgemeinschaft gegenüber herrschte bisher kein Mangel, aber damit allein ist ihr ein schlechter Dienst erwiesen. Es fehlt an Geld, oder besser gesagt, dasselbe ist zu teuer. Die Hypothekendarlehen fordern nicht nur abnorm hohe Zinsen, sondern auch abnorm hohe Abschlußprovisionen. Dieser Umstand schreit begreiflicherweise das baulustige Publikum ab. Hinzu kommt noch, daß unsere bayerische Regierung im Versprechen auch zwar groß, im Handeln aber um so kleiner ist. Die bisherigen Erfahrungen lassen eine weniger trostreiche Zukunft vermuten. Es müßte denn sein, daß der Krieg, dessen Ende wir wohl alle ersehnen, ein über Erwarten schnelles und befriedigendes Ende erführe. Nichts wäre zwar wünschenswerter als dies, doch wird man gut tun, solchen Vermutungen nicht allzu großen Spielraum zu gewähren. Der Krieg hat ja viele in ihren Hoffnungen getäuscht. Getäuscht insbesondere die, die da meinten, er könne nur einige Wochen dauern, getäuscht die, die im Geiste schon die neuen Landkarten fertig hatten, und getäuscht werden sich alle die sehen, die da glauben, daß gleich nach dem Kriege wieder alles seinen alten gewohnten Gang ginge und insbesondere lohnender Verdienst und damit Brot genug vorhanden wäre. Eine falsche Rechnung werden auch die aufgemacht haben, die in den Kriegsarbeitersgemeinschaften und dem von diesen anerkannt zufriedenenstellenden, harmonischen Verhältnis einen dauernden Bestandteil der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erblickten. Es soll nicht verkantet werden, manche Gegensätze mögen durch deren Tätigkeit überbrückt worden sein, aus der Welt geschaffen sind sie damit aber noch lange nicht.

Der Mitgliederstand hat unter dem Kriege hart gelitten. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 1266 gegen 1885 im Jahre 1913. Mit dieser Zahl ist die harte Wirkung des Krieges jedoch noch nicht aufgezeigt. Sie ergibt sich deutlicher aus den Zahlen der einzelnen Quartale. Im ersten Quartal betrug sie 1756, im zweiten 1916, im dritten 806 und im vierten Quartal nur noch 790. Mithin ein Verlust von weit über 50 pSt. Doch dieser Verlust ist nicht direkt auf das Konto des Krieges und auf diesen allein zu buchen. Ein Teil der Mitglieder ist in die Fremde gezogen, um Arbeit und Brot zu finden. Ein anderer Teil wieder dürfte verschollen sein und kehrt vielleicht bei Gelegenheit wieder oder ist in andern Gauen gar schon gelandet. Ein verhältnismäßig geringer Teil dürfte dem Verbandsverbande ganz verloren gegangen sein. Genauere Ziffern lassen sich darüber nicht angeben, man ist mehr auf Vermutungen angewiesen. Manches Mitglied, welches im dritten Quartal schon aufgegeben war, fand sich im vierten wieder ein, und manches wird noch auftauchen. Nichtsdestoweniger darf ich hier an dieser Stelle fordern, daß wir alle unsere ganze Kraft einsetzen, um intakt zu bleiben und um unsern aus dem Felde wiederkehrenden Kameraden sagen zu können: Wir haben unsere Pflicht erfüllt, wir haben den Verband gleich einem Kleinod behütet, wir legen es wieder und wohlhalten in eure Hände. Und nicht um deswillen allein sollen wir alles tun, um intakt zu bleiben. Wir sollen und dürfen schon deshalb nicht untätig sein, weil uns nur noch wenige Monate von den wiederbeginnenden Vertragsverhandlungen für 1916 trennen. Diese können nur von Erfolg gekrönt sein, wenn alle unsere Kameraden mit derselben Begeisterung und Hingabe für ihren Verband besetzt sind, wie unsere braven Feldgrauen, als sie nach Osten und Westen dem Feinde entgegenzogen. Sind diese Bedingungen erfüllt, dann braucht uns auch nicht vor der Zukunft zu bangen. Leider sind die Schwierigkeiten, die ein ständiger Begleiter unsers Gaus waren und die sich besonders bei der Einberufung unserer Mitglieder zum Heeresdienst offenbarten, noch nicht überwunden. Durch die derzeitige Rüstung des ungedienten Landsturms werden wir noch manchen braven Mitkämpfer verlieren. Mancher Platz in der Verwaltung wird wieder ausgefüllt werden müssen. Bei halbwegs gutem Willen werden wir aber diese Schwierigkeiten überwinden. Die Erfahrungen der letzten sieben Monate berechtigen zu der Annahme, daß es am guten Willen nicht fehlen wird. Und so möge es bleiben.

Mürnberg, im März 1915.

D. Bromm.

### Gau 16 (Württemberg und Badisches Oberland). Jahresbericht für 1914.

Die Hoffnungen auf eine bessere Bautätigkeit für das Jahr 1914 haben sich nicht erfüllt. Wohl setzte am Anfang des zweiten Quartals die Konjunktur ziemlich gut ein, besonders an einzelnen Orten; jedoch wurde mit Ausbruch des Krieges die ganze Bautätigkeit lahmgelegt. Aus einzelnen Zahlstellen stehen amtliche Zahlen zur Verfügung, die den Rückgang der Bautätigkeit gegenüber früheren Jahren erkennen lassen. In der Zahlstelle Freudenstadt erweist sich die Ueberfrist bis 1910 zurück. Seitdem betrug die Zahl der

Jahr	Neubauten	Umbauten	Anbauten	Zusammen
1910.....	26	31	22	79
1911.....	28	26	23	77
1912.....	14	31	14	59
1913.....	18	17	11	46
1914.....	9	10	3	21

Die Arbeiten an den bei Kriegsausbruch angefangenen Bauten wurden erst nach vierwöchigem Stillstand wieder aufgenommen. Neubauten wurden nicht mehr in Angriff genommen, unsere Mitglieder mußten sich nach auswärtiger Arbeit umsehen. In der Zahlstelle Göppingen ist gegenüber dem Jahre 1913 die Bautätigkeit ebenfalls zurückgegangen. Es wurden erstellt: 25 Neubauten, 19 Schuppen; sonstige bauliche Veränderungen an Fabriken und Privatbauten wurden 92 vorgenommen. Neubauten sind seit August 1914 nicht mehr in Angriff genommen worden. In Heidenheim wurden im zweiten Quartal durch die dortige Baugenossenschaft 5 Wohnhäuser erstellt; jedoch liegt die Bautätigkeit seit August vollständig danieder. Nur einige Reparaturen werden ausgeführt in Fabriken, die Militärlieferungen in Auftrag haben. In Heilbronn waren Hoffnungen auf eine gute Bautätigkeit vorhanden; die in Aussicht stehenden staatlichen und städtischen Gebäude, wie Irrenanstalt, Realschule, Krankenhaus, Erweiterungsgebäude und eine Anzahl Dienstwohnungsgebäude, Fabrikanlagen usw. wurden aber leider nicht ausgeführt, so daß die noch anwesenden Mitglieder am Schluß des Berichtsjahres angewiesen waren, nach auswärtiger Arbeit zu sehen. Verschiedene der angedeuteten Arbeiten werden voraussichtlich, solange der Krieg dauert, überhaupt nicht mehr in Angriff genommen. Nachstehende Zahlen geben über die Bautätigkeit in Heilbronn seit 1910 Aufschluß:

Jahr	Vordere Doppelgebäude	Vordere Einfachgebäude	Hintergebäude	Zusammen
1910.....	22	25	7	44
1911.....	30	100	26	156
1912.....	8	15	4	27
1913.....	4	13	4	21
1914.....	7	8	—	15

Die Zahlstelle Konstantanz kann auf eine ziemlich gute Bautätigkeit zurückblicken, es wurden errichtet im Jahre 1910: 28 Privatbauten, 1 großer Fabrikneubau der Firma Strohmayer, das Gymnasium, 1 größerer Umbau der Konstanzer Zeitung. 1911: 60 Privatbauten, 1 Warenhaus, Neubau der höheren Mädchenschule. 1912: 32 Privatbauten, 6 Bauten der Heil- und Pflegeanstalt Reichenau. 1913: 26 Privatbauten, 2 Warenhäuser, 1 Fabrikneubau, 5 Bauten der Heil- und Pflegeanstalt Reichenau. 1914: 22 Privatbauten, 1 Kaserne, 1 Fabrikneubau, 7 Bauten der Heil- und Pflegeanstalt Reichenau, das Gebäude der Handwerkskammer Konstantanz, 10 Notbaracken für Vermundete. In Neutlingen glaubten die Kameraden durch eine gute Konjunktur die Zahlstelle vorwärts zu bringen, der Krieg hat jedoch die Hoffnungen zunichte gemacht. Dort wurden errichtet:

Jahr	Wohngebäude	Fabriken	Schulen	Umbauten	Zusammen
1910.....	71	1	—	108	180
1911.....	65	—	1	112	178
1912.....	68	2	—	157	227
1913.....	40	3	—	50	93
1914.....	39	—	1	16	56

Die private Bautätigkeit in Tübingen war schlecht; die Erstellung von öffentlichen Gebäuden gegenüber früheren Jahren befriedigend. Neben den Kaserneumbauten brachten die Errichtung eines Tropengeneralsheims, einer großen Klinik und die Umbauten der Güterhallen unsern Mitgliedern Arbeit. Neubauten wurden während des Krieges nicht begonnen. In der Zahlstelle Stuttgart mit den Lohngebieten Eßlingen, Kornwestheim, Ludwigsburg und Zuffenhausen war im verfloßenen Jahre die private Bautätigkeit eine schlechte. Eine Konjunktur, wie sie vor zwei bis vier Jahren dort herrschte, werden unsere Kameraden so leicht nicht mehr erleben. Das Inkrafttreten der neuen Bauordnung, in welcher die Abstände und Höhen so geregelt sind, daß die Ausnützung der Bodenflächen nicht mehr in dem Maße wie früher stattfinden kann, hat dem früheren Drauflosbaren Einhalt getan. In Stuttgart steht gegenwärtig noch eine große Anzahl Wohnungen leer. Eine Belegung des privaten Baumarcktes wird noch recht lange auf sich warten lassen. Nachstehende Zahlen geben ein Bild von dem jeweiligen Stand der Neubauten im verfloßenen Jahr:

Stand der Bauten	Feststellungstage		
	18. Februar	4. Mai	20. November
Bis Sockelhöhe.....	72	81	15
Sockelhöhe bis Rohbau....	65	93	28
Rohbau bis zum Gipfen...	58	50	11
Rohbau fertig.....	71	98	59
<b>Gesamtzahl...</b>	<b>266</b>	<b>322</b>	<b>113</b>

Besser als die private war die staatliche Bautätigkeit. In den Bahnhofsgebäuden, Brückenbauten, am neuen Hauptbahnhof Stuttgart usw. konnte eine größere Anzahl



unserer Mitglieder Beschäftigung finden, sonst hätte es mit unsern Kameraden in Stuttgart und Umgebung schlecht gestanden. Bei Ausbruch des Krieges wurden 53 Bauten stillgelegt, darunter verschiedene staatliche Bauten. Die Arbeiten an dem neuen Amtsgerichtsgebäude sind bis heute noch nicht wieder aufgenommen. Durch Vorstelligwerden unserer Landtagsvertreter beim Minister des Innern wurden die staatlichen Bauarbeiten allmählich wieder in Angriff genommen. Unsere Gemeindevertreter bewerkstelligten das Fortarbeiten an den Kommunalbauten und traten für Inangriffnahme von Notstandsarbeiten ein. Auch die Leitung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Landesverband Württemberg, dessen Vorsitzender Mitglied des Hilfsausschusses ist, hat mit dazu beigetragen, daß die fraglichen Arbeiten fortgesetzt wurden. Besonders ungünstig war die Bauaktivität in den Zahlstellen Gingen, Gmünd, Kirchheim u. T., Nürtingen, Oehringen, Adolfszell, Ravensburg, Singen und Wildbad. Die dort nicht zum Militär eingezogenen Kameraden müssen alle Arbeiten verrichten, die es gibt, nur um ihren Lebensunterhalt zu fristen. In der Zahlstelle Ulm war die Bauaktivität bis zum Jahreschluß als eine ziemlich gute zu bezeichnen. Zur Gründung eines Bezirksausschusses der Kriegsarbeitgemeinschaft ist es durch die ablehnende Haltung verschiedener Unternehmerorganisationen bis Jahreschluß nicht gekommen und konnte demzufolge auch von den Arbeiterorganisationen nichts unternommen werden, was zur Belebung der Bauaktivität hätte beitragen können.

Für diejenigen Gemeinden in Württemberg, die eine Arbeitslosenfürsorge eingeführt haben und auf diesem Wege an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitwirken, gemahnt die Versicherungsanstalt Württemberg 40 pZt. des Aufwandes. Es wird Aufgabe der Gewerkschaften sein, dort, wo solche Einrichtungen geschaffen sind, dahinzuwirken, daß sie nach dem Kriege weiterbestehen. Im Gau 16 ist bis jetzt in 13 Gemeinden eine Arbeitslosenfürsorge eingeführt, nämlich in Birkenfeld, Boitang, Gellingen, Feuerbach, Gmünd, Heilbronn, Kallental, Ludwigsburg, Schramberg, Schweningen, Stuttgart, Troßingen und Zuffenhausen.

Agitation. Neue Zahlstellen wurden im Berichtsjahre nicht gegründet. Die Mitgliederzahl konnte in Ulm von 26 auf 102 erhöht werden, ebenfalls hat in Luttlingen eine beträchtliche Erhöhung der Mitgliederzahl stattgefunden. Mehr jedoch hätte geschehen können, wenn die zur Agitation fähigen Kameraden mitarbeiten und nicht einzelnen oder dem Gauleiter alles aufbürden würden. In schriftlicher und mündlicher Aufklärung hat es nicht gefehlt, ja, wenn nur jedes einzelne Mitglied den „Zimmerer“ gründlich studiert hätte, müßte ein besserer Fortschritt zu verzeichnen sein. In einzelnen Orten haben sich ganze Sendungen unseres Fachblattes ungeöffnet vorgefunden. Während der Kriegszeit konnte an eine systematische Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder nicht gedacht werden. Die vor dem Ausbruch des Krieges vorhandenen Zahlstellen bestehen auch gegenwärtig noch, allerdings ist die Zahl der Mitglieder zurückgegangen, teilweise bis auf zwei. Es hat sich in recht vielen Fällen gezeigt, daß bei der Auswahl der Bezirkskassierer nicht immer die nötige Vorsicht angewendet wird.

Zur Mitgliederbewegung kann berichtet werden, daß am Jahreschluß 1913 1724 Mitglieder vorhanden waren. Im ersten Quartal 1914 betrug die Zahl der Mitglieder 1432, im zweiten 1516, im dritten 702 und im vierten Quartal 566. Neuaufnahmen und Erneuerungen sind 360 zu verzeichnen. Die Zahl der abgemeldeten, zum Militär einberufenen Mitglieder beträgt 755; es steht aber fest, daß mindestens 150 jüngere ledige Mitglieder, ohne sich abzumelden, zum Heere eingerückt sind, so daß die Zahl der Eingetragenen in Wirklichkeit bedeutend höher ist.

Ueber Lohnbewegungen kann folgendes berichtet werden: Die überaus schlechten Verhältnisse an der neuen Neckarbrücke in Obertürkheim konnten trotz zweimaligem Versuch nicht auf friedliche Weise geregelt werden; nach vierwöchigem Streik wurden mit der Tiefbau- und Eisenbetongesellschaft Abmachungen getroffen, welche den Sätzen des Stuttgarter Tarifvertrags entsprechen. Der Vertragsabchluß in Ravensburg steht bis 1916 jedes Vertragsjahr 1 1/2 Lohnerhöhung vor; die dortigen Kameraden könnten, wenn sie in allen Teilen etwas mehr für die Organisation übrig hätten, unter besseren Verhältnissen arbeiten. Durch mündliche Vereinbarung erhielten unsere Mitglieder in Luttlingen eine Lohnerhöhung von 3 bis 5 1/2 pro Stunde, ferner erklärten sich die dortigen Unternehmer bereit, im Frühjahr 1915 wiederum über die Regelung der Löhne zu verhandeln. Mit den Unternehmern in Taillfingen wurde vereinbart, daß im Monat April 1915 eine vertragliche durchgreifende Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgenommen wird. Durch den Ausbruch des Krieges mußte in Friedrichshafen die eingeleitete Lohnbewegung plötzlich abgebrochen werden. Schade, daß den dortigen Zimmermeistern nicht ein Käncgen aufgespielt werden konnte. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. In Ulm bestanden die Unternehmer durchaus darauf, daß ein Nordtarif abgeschlossen werden sollte; zu einer Vereinbarung ist es trotz verschiedener Verhandlungen bis jetzt nicht gekommen. Weiter mußten eine ganze Reihe sonstiger Differenzen über verschiedene Punkte der Tarifverträge geschlichtet werden. Was die Einhaltung der Verträge anbelangt, so wurde, wie vorauszu sehen war, von den Unternehmern schwer gesündigt. In Freudenstadt, Tübingen, Neutlingen und Wildbad wurden Lohnreduzierungen bis zu 3 1/2 pro Stunde vorgenommen. Auf Schlichtungskommissionssitzungen haben die Unternehmer gepöfiften, ja, die Leitung des Landesverbandes selbst wollte an den Zulagen für Ueberlandarbeit Versäumnismelungen vornehmen, und zwar in Stuttgart (es werden nämlich dort Barackenbauten nach Wünnlingen abgezimmert). Als das nicht gelang, suchten die Unternehmer auf eine andere Weise ihr Ziel zu erreichen. Wenn zum Beispiel eine Arbeit fertig abgeunden ist, so wird die Mehrzahl der Arbeiter entlassen; gleichzeitig wird ihnen jedoch mitgeteilt, daß sie an dem Aufstellungs- respektive Lieferungsart zu einem bestimmten Stundenlohn wieder weiterarbeiten können. Auf diese Weise wird den Unternehmern die Ueberlandzulage erspart.

Bauarbeiter-schutz. In dem Bericht der Württembergischen Bauarbeitergenossenschaft sind in dem

Geschäftsjahr 1914 1930 Betriebsunfälle verzeichnet, davon 570 entschädigungspflichtige und 32 mit tödlichem Ausgang. Vorstehende Ziffern bedeuten dem Jahr 1913 gegenüber eine Zunahme der Unfälle. Von diesen Unfällen sollen 734 durch Selbstverschulden der Verletzten entstanden sein, demgegenüber steht fest, daß der Gauleiter in allen Orten seiner Tätigkeit von unsern Mitgliedern Beschwerden entgegennehmen mußte über den mangelhaften Bauarbeiter-schutz. Die Mitglieder der örtlichen Bauarbeiter-schutzkommissionen, insofern dieselben von den Unternehmern abhängig sind (was bereits immer der Fall ist), haben bei gewissenhafter Ausübung ihres Amtes Maßregelungen zu erwirken; solche Fälle sind schon zur Genüge festgestellt worden. Sämtliche von der Gauleitung angetroffenen Mißstände wurden der Berufs-genossenschaft respektive den örtlichen Baupolizeibehörden unterbreitet, teils mit, teils aber auch ohne Erfolg.

Die Geschäfte im Berichtsjahre wurden folgenderweise erledigt. Es fanden statt: 8 Sitzungen des Gauborstandes, 60 Sitzungen mit den Zahlstellenvorständen, 58 Kassenrevisionen, 108 Versammlungen, 90 Hausagitationen. In unorganisierten Orten fanden statt: 7 Versammlungen und 18 Hausagitationen. Durch Lohnbewegungen waren notwendig: 3 Sitzungen mit den Lohnkommissionen, 8 Versammlungen, 14 Unterhandlungen und 1 Streikkontrolle. In 22 Fällen wurden Vertreter des Gauleiters zugezogen. An Postsendungen gingen ein: 237 Briefe, 186 Postkarten, 47 Drucksachen, 13 Pakete und 19 Geldsendungen. An Postausgängen sind 871 zu verzeichnen. Mögen die zurückgebliebenen Mitglieder der Pflicht eingedenk sein, die sie als Hüter der Organisation den im Felde Stehenden gegenüber übernommen haben.

Stuttgart, im Februar 1915. Emil Lengger.

Berichte aus den Zahlstellen.

Glogau. Am 17. März fand unsere Mitglieder-versammlung statt. Sie war nur schwach besucht. Es ist eine traurige Erscheinung, daß es nicht möglich ist, ein regeres Interesse an den Versammlungen zu erzielen, trotz den lokalen Vergütigungen bei Arbeitslosigkeit und Krankheitsfällen. Es sind in der Regel nur immer ein und dieselben Kameraden, welche an den Versammlungen teilnehmen. Unter Eingängen gab der Kassierer das Schreiben von der Gauleitung bekannt. Es meldeten sich einige Kameraden, die Arbeit nach außerhalb anzunehmen. Der Kartellbericht wurde vom Kameraden Grandle bekanntgegeben, daraus war zu entnehmen, daß sich eine Kriegsarbeitgemeinschaft für das Baugewerbe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet hat. Ein Schreiben wurde an die Kommandantur und an den Magistrat gesandt wegen der hohen Besteuerung des Bieres vom Gastwirtverein. Eine Versammlung soll stattfinden bei Schreyer, Kirchstr. 1, über das Thema „Volksernährung im Kriege“. Unter Verbandsangelegenheiten wurde vom Kassierer darauf hingewiesen, daß mit dem 27. März das erste Quartal abschließt und ein jeder Kamerad dafür zu sorgen habe, daß die Winterbeiträge sowie die Zentralwochenbeiträge pünktliche Erledigungen finden. Es ging ein Antrag ein, den Frauen, deren Männer im Felde stehen, eine Unterstützung aus Lokalmitteln zu Ostern zu gewähren. Die Versammlung bewilligte einstimmig M 6 für die Familien, deren Ernährer im Felde sind. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt wurden, schloß der Kassierer die Versammlung.

Hamburg und Umgegend. Am 12. März tagte unsere Zahlstellenversammlung. Seit dem Stattfinden der vorigen Versammlung sind 15 Kameraden im Felde gefallen; ihre Namen sind in der Kriegstierbeiliste des „Zimmerer“ verzeichnet. Außerdem sind folgende Kameraden gestorben: G. Wethje (Bez. 15), G. Wulf (Bez. 10), Emil Frankmann (Bez. 27), F. Groß (Bez. 2), G. Hansen (Bez. 9), und ferner unser langjähriger Bezirks-wirt in Garburg, Genosse Ernst Lüssenhop. Ihr Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. Beim Punkt „Geschäftliches“ wurde das Aufnahmegesuch von Heinrich Staub abgelehnt. Bezüglich des Antrages Timpe in der vorigen Versammlung berichtete Lehmann, daß dieser den benannten Zahlstellen sofort übermitteln wurde. Das Ergebnis ist im „Zimmerer“ seitens der Zentrale veröffentlicht worden. Auf Grund des Artikels im „Zimmerer“ Nr. 1 sind von verschiedenen Bezirken und in der Obmännerkonferenz Anträge gestellt worden, den Zentralvorstand zu dieser Sitzung einzuladen. Auf Einladung des Zahlstellenvorstandes sind in zwei Sitzungen beide Parteien zu der Einsicht gekommen, daß in dieser Hinsicht etwas geschehen muß, um die Unstimmigkeiten in der Zahlstelle aus der Welt zu schaffen. Folgende Erklärung ist dort zustande gekommen:

„In zwei gemeinsamen Sitzungen des Vorstandes der Zahlstelle Hamburg und Umgegend mit dem Zentralvorstand, am 4. und 9. März 1915, ist folgendes festgestellt worden:

Die gegenwärtig bestehenden Unstimmigkeiten innerhalb der Zahlstelle Hamburg und Umgegend sind nach den Darstellungen des Zahlstellenvorstandes verursacht durch die von den Zentralinstanzen beschlossenen Veränderungen der Unterstützungs-einrichtungen unseres Verbandes. Sie haben eine Verschärfung erfahren durch die Kürzung des Beschlusses der Zahlstellenversammlung vom 12. Oktober 1914 im Versammlungsbericht in Nr. 43 des „Zimmerer“.

Der Zahlstellenvorstand anerkennt, daß trotz der Kürzung des Beschlusses sein materieller Inhalt in dem Versammlungsbericht wiedergegeben ist.

Die nach Ansicht der Zahlstellenversammlung trotzdem unberechtigte Kürzung des erwähnten Beschlusses hatte zur Folge, daß in der Versammlung am 4. Dezember beschlossen wurde, eine Anzahl Verbandszahlstellen zum gemeinsamen Protest gegen die Maßnahmen der Zentralinstanzen aufzufordern.

In diesem Beschluß und besonders in seiner Ausführung durch den Zahlstellenvorstand erblickte der Zentralvorstand eine inkorrekte Handlung, die ihm die Pflicht auferlegte, dagegen öffentlich im „Zimmerer“ Stellung zu nehmen.

Der Beschluß der Zahlstellenversammlung vom 4. Dezember ist auch vom Zahlstellenvorstand nicht gebilligt worden, sind doch Mitglieder des Zahlstellenvorstandes in der Versammlung gegen seine Annahme eingetreten.

Nachdem der Beschluß jedoch ausgeführt war, ohne daß der Zentralvorstand von ihm Kenntnis hatte, war jede Möglichkeit genommen, durch entsprechende Aufklärung die Opposition innerhalb der Zahlstelle in geordnete Bahnen zu leiten.

Die gegenseitige gründliche Aussprache zwischen dem Zahlstellenvorstand und dem Zentralvorstand hat aber auch ergeben, daß die Unstimmigkeiten innerhalb der Zahlstelle mit zurückzuführen sind auf ungenügende Aufklärung unter den Mitgliedern der Zahlstelle über die Notwendigkeit der Kriegsmaßnahmen sowie auch über die Situation nach Ausbruch des Krieges.

Diese Aufklärung herbeizuführen, sind beide Instanzen, Zahlstellenvorstand und Zentralvorstand, bereit.

Der Zahlstellenvorstand empfiehlt, in einer der nächsten Zahlstellenversammlungen durch ein Mitglied des Zentralvorstandes ein entsprechendes Referat halten zu lassen.

Der Zentralvorstand gibt hierzu seine Zusage.

Vorstehende Niederschrift ist der Zahlstellenversammlung am 12. März in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.“

In der lebhaften Aussprache vertraten die meisten Redner den Standpunkt im Sinne der Erklärung. Es wurde so beschlossen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, „Jahresbericht“, machte Lehmann auf den gedruckten Bericht aufmerksam, daß jedes Mitglied Gelegenheit gehabt hätte, ihn einer Durchsicht zu würdigen. Das verlossene Jahr hat infolge des Krieges die ganze Wirtschaftslage, speziell das Baugewerbe, beeinflusst. Zu Anfang des Krieges hat die Bauaktivität in unserer Zahlstelle ganz stillgelegen. Diese hat sich in der letzten Zeit gehoben. Durch die Arbeitsvermittlung nach auswärts ist die Zahl der Arbeitslosen bedeutend vermindert worden. Zum Militär sind eingezogen 944 Mitglieder, von denen schon eine Anzahl gefallen sind. Die Bezirke 14 (Mitte), 21 (Wramfeld) und Francop-Neuenfelde sind infolge des Krieges eingegangen. Die eingezogenen Kassierer wurden in verschiedenen Bezirken durch andere Kameraden so schnell als möglich ersetzt. Der Tarifvertrag ist bis zum Jahreschluß für Hamburg und Umgegend noch nicht unterschrieben worden, welches auf das Verhalten des Baugewerbeverbandes Hamburg, besonders der Gruppe Betonbau, zurückzuführen ist. Beim Kassenbericht gab der Kassierer zunächst die Abrechnung vom 4. Quartal. Im Laufe des Krieges haben wir keine große Hoffnungen an unsere Kasse gestellt. Die Totalkasse schließt mit einem Verlust von M 521,88 ab. Die Jahresbilanz weist ebenfalls einen Verlust von M 4235,48 auf. Die meisten Positionen sprechen im Jahresbericht hierzu das wichtigste. Seit dem Jahre 1910 haben wir mit einem Verlust gearbeitet. Nun könnten wir sagen, der Krieg ist schuld an unserm Defizit, unsere Einnahmen sind geringer, aber — wir hatten in diesem Jahre keine größeren Ausgaben gehabt, wir hatten nur regelmäßige Ausgaben. Es ist eine feststehende Tatsache, daß unsere Einnahmen das nicht bringen, was unsere Ausgaben verlangen. Die Kameraden mögen sich mit dieser Frage mehr beschäftigen. Dem Saalbaufonds sind M 1311 überwiesen worden. Eine derartige Ausgabe wird in den nächsten Jahren nicht vorkommen. An Hilfsbedürftigen- und Ausgesteuertenunterstützung sind M 2111 gezahlt worden. Durch die später getroffenen Maßnahmen des Zentralvorstandes ist die Summe zu unsern Gunsten reduziert worden. M 220 sind an die Frauen der gefallen Mitglieder gezahlt worden. Ein besonders auffälliger Punkt ist das Schuldlonto, das die Höhe von M 727 erreicht hat; alles zusammen mit den Unterschlagungen haben wir heute M 800 bis 900 Gelder ausstehen, die zu denken Anlaß geben. Es sei daher in den Bezirken bei der Kassiererwahl größte Vorsicht zu üben. Ein weiteres Schmerzenskind ist der freiwillige Beitrag fürs Gewerkschaftshaus. Das, was eingegangen ist, ist bedeutend weniger, als wir erwartet haben. Bezüglich des Mantos vom Bezirk 7a des Kameraden Haack hat Haack um Rechtschutz beim Zentralvorstand nachgesucht, um gegen seine Frau gerichtlich vorzugehen, weil sie ihm das Geld entwendet habe. Infolge der Eidausgabe der Beklagten ist die Klage abgewiesen worden. Die Beklagte ist zu einem Siebtel der Kosten und zur Herausgabe des Kontobuches verurteilt. Nachdem die Anfragen von Schulze über Lohnentschädigung und Limpe über Kriegssteuern und Kriegsunterstützung von Margref beantwortet wurden, beantragte Schoop, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Es wurde so beschlossen. Zum dritten Punkt, „Neuwahlen“, lagen zwei Anträge vor. Der Antrag vom Bezirk 27: während der Kriegszeit von einer Neuwahl abzusehen und den Vorstand in seiner bisherigen Zusammenfassung zu belassen, wurde von Lehmann als unannehmbar bezeichnet, weil jetzt schon ein Vorstandsmitglied eingezogen ist und zwei Kameraden auswärts arbeiten. Den Antrag vom Bezirk 9: die bestetzten Vorstandsposten zu belassen wie bisher und nur Ergänzungswahlen für die fehlenden vorzunehmen bis zur Beendigung des Krieges, begründete Kohpeiß. Margref sprach gegen den Antrag und begründete die Haltung des Vorstandes. Wir sind verpflichtet, Neuwahlen vorzunehmen, weil wir nicht wissen, wann der Krieg beendet ist. Wenn die Vorstandsmitglieder wiederkehren, dann muß eine Neuwahl angeht werden. Der Antrag wurde abgelehnt. Bei der darauf folgenden Wahl wurden die Kameraden Lehmann als erster Vorsitzender, Margref als erster Kassierer und Bierstalla als erster Schriftführer wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde Guber, als zweiter Kassierer Richter, als zweiter Schriftführer Höpman und als Beisitzer Holten, Ködt und Zeutschel neugewählt. Die beiden ausgeschiedenen Revisoren Hartmann und Schoop wurden wiedergewählt. Auf Antrag der Revisoren wurde beschlossen, zwei Ersatzrevisoren zu wählen. Mit diesem Posten wurden die Kameraden Gevert und Kohpeiß betraut. Zum Schluß machte Lehmann auf die Wahl der Zahlstellenfunktionäre in den Bezirken aufmerksam, da laut Regulativ der Vorstand gewählt ist. Von 86 Funktionären waren 55 anwesend. Unentschuldig fehlten Stern, Peters (Bezirk 7), Nagel, Hertel, Meyer (Bezirk 11), Drübber, Herzog, Böhnke, Kehler, Müller, Block, Krumm, Sandring, Peters (Bezirk 26), Quersfeldt, Frankmann, Kämerling und Schäfer.

Silbesheim. Am 14. März fand unsere regelmäßige Monatsversammlung im Verbandslokale von S. Wiehe statt. War schon die Versammlung im Februar so schwach besucht, daß sie, wenn nicht einige wichtige Punkte ihre Er-



ledigung finden mußten, gar nicht eröffnet worden wäre, so war es diesmal wieder dasselbe Bild. Im ganzen waren mit dem Vorstehenden acht Kameraden versammelt. Die Neujahrsversammlung dagegen, in der unser Herbergs- wirt stets einige Schoppen Freibier gibt, ist mit einzelnen Ausnahmen fast regelmäßig von sämtlichen Kameraden besucht. Der Vorsitzende eröffnete eine Stunde später als angelegt war die Versammlung, indem er bemerkte, es sei bedauerlich und beschämend, daß so wenige Kameraden erschienen seien. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung wurde zuerst ein Kartelldelegierter und ein Vertreter zu den Sitzungen, betreffend die Angelegenheit des Gewerkschaftshauses gewählt. In „Verschiedenes“ wurde dann vom Vorstand beantragt, einmal einen kurzen Bericht im „Zimmerer“ erscheinen zu lassen, um darin die säumigen Kameraden an den Versammlungsbesuch zu erinnern. Es wurde betont, daß es unsere Pflicht sei gegenüber den Kameraden, die im Felde stehen, unsere Organisation zu erhalten. Es kämen so manche Fälle vor, die notwendig in der Versammlung erörtert werden müßten. Deshalb sei es auch Pflicht eines jeden Kameraden, die Versammlung zu besuchen. Da sozusagen alle Kameraden zurzeit in Arbeit stehen, außerdem die Versammlungen auf einen Sonntag nachmittag abgehalten werden, gäbe es gar keine Entschuldigung. Dieser Anregung wurde von den anwesenden Kameraden einstimmig beigestimmt. Mögen sich die säumigen Kameraden das merken. Nachdem der Vorsitzende noch erklärt hatte, daß zur nächsten Versammlung sämtliche Kameraden schriftlich eingeladen würden, schloß er die schlecht besuchte Versammlung.

**Kiel.** Mitgliederversammlung am Mittwoch, 10. März, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung des Baugewerbes. 2. Festsetzung der Beiträge ab 1. April. 3. Jahresbericht zum Gewerkschaftshaus. 4. Mitteilungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken des am Orte verstorbenen Kameraden Joh. Horst und der im Felde gefallenen und in der Kriegskriegsbefehl des „Zimmerer“ verzeichneten Kameraden in üblicher Weise gelebt. Dann führte Kamerad Marten in seinem Referat aus, daß unsere Kameraden in der Landesverteidigung das gleiche leisten wie im wirtschaftlichen Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, und knüpft daran die Hoffnung, dies von maßgebenden Stellen auch anerkannt zu sehen. An der Hand der Leipziger Verkaufsausstellungen zeigte er, wie der Mensch im Laufe der Zeit immer das Bestreben gezeigt hat, seine Wohnung zweckmäßig einzurichten, und streift kurz die Zeit der Innungen und der Gewerbefreiheit. Es sei anzuerkennen, daß bei Ausbruch des Krieges die maßgebenden Stellen bestrebt gewesen sind, das Baufach möglichst in Fluß zu erhalten. Redner verwies auf die Entstehung und den Zweck der Kriegsarbeitgemeinschaft, welche auch ihr Teil dazu beitrage, Arbeitsgelegenheit herbeizuschaffen. Die Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises sei bis jetzt nicht möglich gewesen. Zum Schluß erwähnte Redner, auch während des Krieges unsere tariflichen Bestimmungen hochzuhalten. Zum zweiten Punkt des Tagesordnungs führte Kamerad Marten aus, daß der Vorstand der Meinung sei, in der gegenwärtigen wirtschaftlich schweren Zeit von einer Beitragserhöhung abzusehen bis auf eine für uns günstigere Zeit. Der Vorstand empfiehlt aber eine einheitliche Beitragshöhe innerhalb unserer Zahlstelle (abgesehen vom Zentralbeitrag), damit auch jeder dieselben Rechte hat. Die Versammlung beschloß einen Betrag von M. 1,20 für alle Mitglieder im Stadtbezirk Kiel. Kamerad Krüger gab den Bericht vom Gewerkschaftshaus. Das Haus hat während des Krieges sehr gut abgesehen. Es ist ein Reingewinn von rund M. 30 000 zu verzeichnen. Der Erweiterungsbau wird bis auf weiteres zurückgestellt. Kamerad Marten erinnerte daran, daß sich zum 1. April unser Lohn um 8 % erhöht. Eine Firma habe in humaner Weise 10 pSt. Feuerungszulage bewilligt. Auf unsere Liebesgabenbesendung an unsere Kameraden seien 85 Karten und 65 Briefe eingegangen, welche den Dank und viele Grüße der Kameraden übermitteln.

### Baugewerbliches.

**Der Wiederaufbau der zerstörten Orte Ostpreußens** soll mit größter Beschleunigung betrieben werden. Zunächst kommt die Aufstellung von Bauungsplänen sowie die Prüfung und nötigenfalls Abänderung der geltenden Bauordnungen in Frage. Es ist Vorsorge getroffen durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Bauordnungen, der ungebührlichen Ausbeutung des Grund und Bodens, namentlich der den örtlichen Verhältnissen widersprechenden Vergrößerung der Zahl der Stockwerke entgegenzutreten; ferner eine unschöne und nicht bodenständige Gestaltung der Bauten und des Straßenbildes zu verhindern, auf größere Standfestigkeit und Feuerfestigkeit der Bauten hinzuwirken und für Wohnstraßen eine billigere Herstellung zu gewährleisten. Im übrigen soll der Wiederaufbau sowohl nach den Grundrissen der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit als auch unter dem Gesichtspunkte des Heimatschutzes ausgeführt werden.

Das preussische Ministerium für öffentliche Arbeiten beabsichtigt, eine Genossenschaft oder eine Gesellschaft m. b. H. zu gründen. Diese Gründung soll der Beschaffung von Baumaterialien (Holz, Mauersteine, Zement, Kalk, Glas, Metall usw.) zum Wiederaufbau der zerstörten Gegenden der Provinz Ostpreußen dienen. Ihre Tätigkeit ist hauptsächlich als Vermittlungsstelle gedacht, dagegen wird das staatliche Unternehmen keine Arbeiten vergeben. Diese Tätigkeit wird von den Bauämtern in Ostpreußen ausgeübt werden, und zwar hauptsächlich vom Zentralbauamt in Königsberg und vom Bauamt der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer. Der Staat wird zur Gründung der genannten Gesellschaft den Betrag von einer Million Mark hergeben, ferner wird sich die Provinz Ostpreußen an ihr mit einer Einlage von M. 100 000 beteiligen. Auch eine Anzahl von ostpreussischen Städten dürfte sich dem gemeinnützigen Unternehmen anschließen, ebenso einige interessierte Handels- und Handwerkskammern. Eine wichtige Aufgabe der staatlichen G. m. b. H. wird die Verhinderung der Ringbildung unter den in Frage kommenden Lieferanten sein. Auch sind Verhandlungen angebahnt, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter zu normieren, damit

der Wiederaufbau ohne Störung durch Lohn Differenzen vor sich gehen kann.

**Die Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe in Sagen (Westfalen)** erläßt nachfolgende Bekanntmachung: Von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Bau- und Baunebengewerbe ist nach Kriegsausbruch eine Arbeitsgemeinschaft gebildet worden zu dem Zweck, das durch den Krieg am meisten in Mitleidenschaft gezogene Baugewerbe durch Erteilung neuer Aufträge wieder zu beleben. Nach Kriegsausbruch war eine allgemeine Stockung zu beobachten. Die allgemeine Stockung hat wohl nachgelassen und sind die anfänglich stillgelegten Bauten weiter gefördert worden. Aber nicht überall. In der nächsten Umgebung gibt es noch heute Bauten, die seit Kriegsausbruch vollständig stillliegen. Bedauerlicherweise ist festzustellen, daß auch seitens Gemeindebehörden und Staat größere Arbeiten zurückgestellt beziehungsweise nicht in Angriff genommen werden sollen. Es muß der dringende Wunsch ausgesprochen werden, überall die Weiterförderung der vorliegenden Projekte oder Bauten zu betreiben. Aber Staat und Gemeinde können allein nicht helfen. Hier muß die private Bautätigkeit zur Mithilfe angerufen werden. Es handelt sich doch nicht nur um die Vergebung neuer Arbeiten, sondern um die Ausführung von Erhaltungsarbeiten. Und Erhaltungsarbeiten sind doch zweifellos recht viele auszuführen.

Es kann auch nicht der Einwand gebraucht werden, es seien keine arbeitslosen Bauarbeiter vorhanden. Dieses trifft in bedingtem Maße zu. Was die Arbeitsgemeinschaft will, ist nicht, die Arbeitslosigkeit zurzeit zu beseitigen, sondern ihr vorzubeugen. Das ist die hauptsächlichste Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft. Tausende Bauarbeiter und Arbeiter der Nebengewerbe werden nach Beendigung des Krieges in die Heimat zurückkehren. Was würde ihr Los sein, wenn nichts vorbereitet ist? Aber nicht nur die Arbeiter würden davon betroffen werden. Unzählige kleine Handwerker, die heute auch im Kriegsdienste sind, die aber sonst durch die Arbeit an Bauten ihren Lebensunterhalt hatten, würden gleich den Arbeitern in Mitleidenschaft gezogen werden. Im Gebiete des Sagen Ortsausschusses, umfassend die Orte Sagen, Haspe, Herdecke, Wetter, Gevelsberg und Schwerte sowie die Aemter Boele, Westhofen, Wolmarstein, Ennepe und Voerde, sind im Jahre 1914 487 Baugesuche genehmigt, im Jahre 1915 bisher nur 16 neue Baugesuche eingereicht worden. Der Ortsausschuß der Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe spricht daher die Bitte aus: Galtet nicht mit den Aufträgen für das Baugewerbe zurück. Vergelt Arbeiten an die Bauhandwerker und vor allem rechtzeitig und nicht zu kurzfristig. Ein weiteres ist zu beachten: Die bestehenden tariflichen Abmachungen, die zwischen den einzelnen Organisationen getroffen worden sind, sind durch den Krieg nicht aufgehoben. Zu jeder weiteren Auskunft ist bereit der Ortsausschuß der Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe, Fernsprechnummern 2381 und 471.

**A. C. Die Erträge in der Baustoffindustrie.** Die verschiedenen Zweige der Baustoffindustrie sind bisher durch den Krieg äußerst ungleichmäßig beeinflusst worden. Wenn natürlich auch in der Hauptfache die Einwirkungen ungünstig waren, so muß doch hervorgehoben werden, daß zum Beispiel die Zementindustrie eine auffallende Ausnahme macht. Wenigstens zeigen die Abschlüsse der Aktiengesellschaften, die im Laufe des Jahres 1914 bekannt geworden sind, im Durchschnitt noch eine Steigerung sowohl des Reingewinnes und der Dividende als auch der Abschreibungen. Im Gegensatz zu den Zementfabriken stehen die Ziegeleien, die äußerst ungünstig gearbeitet haben. Am besten wird das Erträgnis in den verschiedenen Zweigen der Baustoffindustrie durch eine Gegenüberstellung der Reingewinne ersichtlich gemacht, die für 1912/13 und für 1913/14 ausgewiesen werden. Diese Summe stellte sich für die einzelnen Zweige wie folgt (in Mark):

	1912/13	1913/14
Zementwerke	1 567 712	1 502 009
Mörtel- und Kalkwerke	2 958 816	2 769 046
Ziegeleien	809 144	38 052
Lohnwerke, Schamottefabriken	7 020 205	5 272 857
Zementfabriken	18 079 836	20 260 494
Uebrige Baumaterialien	1 608 579	1 412 837
<b>Zusammen</b>	<b>32 039 292</b>	<b>31 255 295</b>

Auf das Aktienkapital bezogen, stellt sich der Reingewinn insgesamt auf 9,97 pSt. für 1912/13 und auf 9,64 für 1913/14. Die Abnahme beträgt insgesamt nur 0,33 pSt. des Aktienkapitals, die aber sicher dadurch wieder ausgeglichen wird, daß die Abschreibungen um annähernd 2 Millionen Mark größer waren als für das Jahr 1912/13. Etwas mehr ist im Gesamtdurchschnitt die Dividende gefallen, nämlich von 7,0 auf 6,5, also um 0,40 pSt. Auch hier sind die Verhältnisse in der Bewegung so groß, daß es sich verlohnt, die besonderen Ergebnisse der einzelnen Zweige der Baustoffindustrie kennen zu lernen. Wir stellen nachstehend die Zahl der beschäftigten Gesellschaften und ihr Aktienkapital, ferner den Reingewinn und die Dividende in Prozent des Aktienkapitals für die beiden Jahre 1912/13 und 1913/14 zusammen. Es ergibt sich dann das nachstehende Bild:

Gesellschaften	Aktienkapital in tausend Mark		Reingewinn in Prozent des Aktienkapitals		Dividende in Prozent des Aktienkapitals		
	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14	
Steinbrüche	29	27849	27532	5,48	5,31	4,8	5,1
Mörtel- u. Kalkwerke	13	30722	32222	9,25	8,27	6,8	4,9
Ziegeleien	48	24880	24890	2,95	0,14	3,4	3,0
Lohnwerke, Schamottefabriken	28	46600	46532	12,46	9,43	9,0	6,7
Zementfabriken	71	152718	154590	11,64	12,77	7,4	7,8
Uebrige Baumaterialien	22	20040	20290	7,90	6,87	7,7	7,0

Die höchste Dividende mit 7,8 pSt. verteilen die Zementfabriken, deren Reingewinn noch um mehr als 1 pSt. gestiegen ist. Die Dividende hat nur um 0,4 pSt. zugenommen,

woraus zu schließen ist, daß stärkere Rückstellungen vorgenommen wurden. Die Gesellschaften, die unter dem Namen „Uebrige Baumaterialien“ zusammengefaßt sind, verteilen noch 7,0 pSt. gegen 7,7 im Jahre zuvor. Hier hat sich die Spannung zwischen Reingewinn und Dividende kaum nennenswert verändert. An dritter Stelle kommen mit 6,7 pSt. die Lohnwerke und Schamottefabriken, die eine um 2,3 pSt. niedrigere Dividende als für 1912/13 verteilen; der Reingewinn ist um mehr als 3 pSt. zurückgegangen. Die Steinbrüche verteilen 5,1 pSt., wobei sich die bemerkenswerte Erscheinung ergibt, daß die durchschnittliche Dividende noch um 0,3 pSt. gestiegen ist, während der Reingewinn um 0,17 pSt. des Aktienkapitals abgenommen hat. Die Mörtel- und Kalkwerke setzten ihre Dividende von 6,8 auf 4,9 pSt. herunter, dagegen die am ungünstigsten arbeitenden Ziegeleien nur von 3,4 auf 3,0, obgleich ihr Reingewinn von 2,95 auf 0,14 pSt. gesunken ist. Hier mußten also zur Dividendenverteilung Rücklagen herangezogen werden.

### Aus den Unternehmerorganisationen.

**Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe** hielt am 16. März d. J. seine 16. ordentliche Hauptversammlung in Berlin ab. Von einigem Interesse auch für die baugewerblichen Arbeiterorganisationen ist, was der Vorsitzende, Herr Behrens-Hannover, nach der „Baugewerkszeitung“ über die Tarifgemeinschaft ausführt, nämlich: Er wies auf die unerfreuliche Tatsache hin, daß von den Zentralorganisationen bis zum März 1915 der Tarifperiode erst 457 Verträge für 554 Lohngebiete zum Abschluß gelangt seien, daß also Verträge für über 300 Lohngebiete noch ausstehen. Bei etwaiger Erneuerung der Tarifverträge im April 1916 würde unbedingt dafür gesorgt werden müssen, daß sich solche unhaltbaren Zustände nicht wiederholen. Auf Einzelheiten der Tariferneuerung geht er nicht ein, sei mit Rücksicht auf die Unsicherheit über den weiteren Verlauf des Krieges nicht angebracht, es würde genügen, wenn die Hauptversammlung den Bundesvorstand ermächtigt, wegen etwaiger Verlängerung des Reichstarifvertrages über Ende März 1916 hinaus mit den Vorständen der Arbeiterzentralverbände zu verhandeln, wenn er dies in Anbetracht der im letzten Vierteljahr 1915 vorliegenden Umstände für zweckmäßig erachtet. Die Entscheidung über etwaige Vereinbarungen soll selbstverständlich der im ersten Vierteljahr 1916 stattfindenden Hauptversammlung vorbehalten bleiben.

Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu und faßte hinsichtlich der Behandlung der Tariferneuerung den vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Beschluß.

Ueber die Arbeitsgemeinschaft entnehmen wir dem Bericht die nachstehenden Ausführungen:

Die Bautätigkeit geriet beim Ausbruch des Krieges zunächst vollständig ins Stocken. Die Arbeitslosigkeit der Gewerkschaften stieg infolgedessen sofort außerordentlich, obgleich ein hoher Prozentsatz der Mitglieder — durchschnittlich wohl 30 pSt. — zu den Fahnen einberufen worden war. Auf solche Verhältnisse waren die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften nicht zugeschnitten, die Kassen wären bei Aufrechterhaltung der bisherigen Satzungen wohl bald vollständig geleert worden. Man entschloß sich daher in den meisten Gewerkschaften zu wesentlichen Kürzungen der statutarischen Unterstützungen, strebte aber selbstverständlich gleichzeitig mit allen Mitteln dahin, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern und dadurch die Kassen zu entlasten. Bei den Bestrebungen, die Arbeitslosigkeit einzuschränken, konnte man mit Recht auf die volle Unterstützung der Regierung und der weitesten Kreise der Bevölkerung rechnen, die über die große Bedeutung der Erhaltung der Volkskraft für den Ausgang des Krieges nicht in Zweifel sein konnten. Man durfte vor allem annehmen, daß die Arbeitgeber, die ja unter der Beschäftigungslosigkeit nicht weniger litten als die Arbeiter, ihre Bemühungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gern mit denen der Arbeitervereine vereinigen und ihnen dadurch größere Wirkung geben würden. Im deutschen Baugewerbe lag, nachdem in öffentlichen Erklärungen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, des Deutschen Bauarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Zimmerer und des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter bei Beginn des Krieges der Wille zu einem ehelichen Burgfrieden allseitig zu erkennen gegeben war, ein Hindernis zu einem solchen gemeinsamen Vorgehen nicht vor.

Als sich Ende September 1914 der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes im Auftrage von neunzehn baugewerblichen Zentralarbeiterverbänden sozialdemokratischer, christlicher und Hirsch-Dunderscher Richtung mit zusammen mehr als einer Million Arbeiter an den Vorsitzenden des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände, der rund 60 000 Mitglieder umfaßt, mit dem Vorschlag wandte, während des Krieges eine Arbeitsgemeinschaft aus den beiderseitigen Organisationen zu bilden, ging der Reichsbund, der sich seinerseits schon im allgemeinen Interesse ernstlich um die Erhaltung der Volkskraft während des Krieges dadurch bemühte, daß er seine Mitglieder anties, ihre Betriebe fortzuführen und die vollen Tariflöhne weiterzuzahlen, gern auf den Vorschlag ein und veranstaltete am 13. Oktober in Berlin eine Besprechung seiner Vertreter mit den Vertretern der Arbeiter. Es wurde dort die Arbeitsgemeinschaft gebildet und ihr Programm festgelegt.

Vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe trat neben dem Vorsitzenden des Reichsbundes Popp noch der Vorsitzende Behrens in den Zentralausschuß ein, dem als Arbeitgebervertreter ferner die Vorsitzenden des Tiefbauunternehmerverbandes, des Arbeitgeberführerverbandes für das Holzgewerbe und des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe angehören. Die Geschäftsführung für den Zentralausschuß wurde dem Generalsekretär Dr. Froehner-Berlin und dem Vorstandsmittelglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes Silberschmidt-Berlin übertragen.

Es lag nahe, die bewährte Bezirkseinteilung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe für die Kriegsarbeitgemeinschaft insofern nutzbar zu machen, als allgemein für die Gebiete der Bezirksverbände Bezirksausschüsse eingesetzt wurden, die für Förderung der Arbeitsgelegenheit in ihrem Sondergebiet zu sorgen haben. Dazu gab der Arbeitgeberbund gern seine Zustimmung. Ebenso wurden unsere Ortsverbände die Mittelpunkt für



die besonders wichtigen örtlichen Arbeitsgemeinschaften. Die Bezirks- und Ortsausschüsse bestehen, wie der Zentralausschuss, allgemein aus der gleichen Zahl Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter; die Obmänner gehören fast überall unserm Bunde beziehungsweise dem Deutschen Bauarbeiterbunde an.

Für die Tätigkeit der Bezirksausschüsse hat der Zentralausschuss Richtlinien herausgegeben. Seine eigene Tätigkeit besteht vor allem darin, den zentralen Behörden die Wünsche des Baugewerbes vorzutragen. So hat er unter anderem Eingaben gerichtet an den preussischen Landtag und die preussischen Ministerien, an die Parlamente und Ministerien der übrigen Bundesstaaten, an den Reichstag und die Reichsämtler (Ersuchen um Unterstützung der Bestrebungen), an den Verband der Baugewerks-Berufsgenossenschaften (wegen Veranziehung der Rücklagen zur Beitragsdeckung), an den Deutschen Sparkassenverband, an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, an das Reichsversicherungsamt (wegen Gewährung von Hypothekendarlehen zu mäßigen Bedingungen), an das preussische Landwirtschaftsministerium (wegen rechtzeitiger Bauholzlieferung), an das preussische Kriegsministerium (wegen Ueberlassung von Pferden zum Baumaterialien-transport), an das Reichsjustizamt (wegen Beseitigung der Mängel der Hypothekengefährdung). Er ist auch in der Presse aller Richtungen für die Ziele der Arbeitsgemeinschaft eingetreten und hat zu Vorgängen, die einen ungünstigen Einfluss auf die Entwicklung der Bautätigkeit haben müssen, wie die Erhöhung der Zementpreise mit Beginn des Jahres 1915, entschieden Stellung genommen. Wiederholt konnte er auch bei plötzlich eintretendem Bedarf großer Arbeitermengen bei der Arbeitervermittlung mitwirken.

Inwiefern die Tätigkeit der Kriegsarbeitersgemeinschaft bisher erfolgreich gewesen ist, läßt sich nicht genau feststellen. Die Arbeitslosen-Prozentzahl der baugewerblichen Gewerkschaften, die nach dem Hochstand im August schon in den ersten Kriegsmontaten schnell sank, entwickelte sich in den Wintermonaten bei weitem nicht zu der Höhe, die sie in normalen Jahren zu erreichen pflegt. Das beweist ein nicht ungünstiges Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, das allerdings fast ausschließlich auf die Erreichung öffentlicher Bauten zurückzuführen ist. Der eigenen Initiative des Reiches, der Bundesstaaten, der Gemeinden ist dabei sicher viel zu danken, oft genug hat aber auch das Eingreifen der Arbeitsgemeinschaften, wie aus den Berichten einzelner Bezirksausschüsse hervorgeht, die Inangriffnahme neuer Bauten herbeigeführt oder doch beschleunigt. Große Schwierigkeiten stehen den Bestrebungen der Kriegsarbeitersgemeinschaften zur Förderung der privaten Bautätigkeit entgegen. Die bisherigen Anträge des Zentralausschusses bei den kapitalkräftigen Stellen, Hypothekendarlehen für Baugewerke zu mäßigen Bedingungen herzugeben, haben leider bestimmte günstige Zusagen noch nicht zur Folge gehabt. Das ist um so bedauerlicher, als die öffentlichen Bauten an vielen Orten im Frühjahr 1915 ihrer Vervollendung entgegengehen. Eine Umfrage des Zentralausschusses bei den Bezirksausschüssen über die voraussichtliche Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1915 hat ergeben, daß die Aussichten für die Sommermonate fast überall sehr schlecht sind, wenn sich nicht Private und Industrielle entschließen, Bauten auszuführen zu lassen. Darauf ist aber nur zu rechnen, wenn Baugeld zu mäßigen Bedingungen zu erhalten ist. Der Zentralausschuss muß es daher auch weiterhin als seine wichtigste Aufgabe betrachten, die Widerstände zu beseitigen, die sich der Kreditgewährung für Baugewerke entgegenstellen.

Im einzelnen kann auf die Arbeiten der Kriegsarbeitersgemeinschaft in Baugewerbe hier nicht weiter eingegangen werden. Der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände wird nach Beendigung des Krieges voraussichtlich eine ausführliche Darstellung über die Betätigung dieser neuen Organisationsart veröffentlichen.

Die bisherigen Erfahrungen — das kann schon jetzt gesagt werden — sind für die Bauarbeiterverbände und damit auch für unsern Bund durchaus befriedigend. Die Arbeitervertreter haben sich überall eifrig in den Dienst der Sache gestellt und nach ihren Kräften zu den erzielten Erfolgen beigetragen. Es wäre zu wünschen, daß infolge des Zusammenarbeitens in der Arbeiterschaft die Erkenntnis Boden gewinnt, daß sie mit den Arbeitgebern ihres Gewerbes nicht nur während des Krieges, sondern jederzeit sehr wichtige gemeinsame Interessen hat! Es sei nur daran erinnert, daß unter den Mißständen des heutigen Submissionswesens sowie des Hypotheken- und Kreditwesens die Arbeiter letzten Endes oft genau so leiden wie die Arbeitgeber.

Wenn auch die Arbeiterverbände in Zukunft sich der Bekämpfung der auf dem Gewerbe lastenden Schäden widmen, würde deren Beseitigung ohne Zweifel schneller eintreten, und der Arbeitsvertrag dann im allgemeinen und damit auch der den Arbeitern zufallende Anteil bald steigen.

Es wird daher auf beiden Seiten zu überlegen sein, ob der Kriegsarbeitersgemeinschaft nach Beendigung des Krieges ein Weiterbestehen in irgendeiner Form gesichert werden soll.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Ueber unsere Aufgaben schreibt „Der Lämpfer“: Der blutige Weltkrieg, dieses große dunkle Fragezeichen der Weltgeschichte, beherrscht heute in erster Linie alle Gemüter. Mit Spannung verfolgt jeder die Operationen auf den Schlachtfeldern Europas, auf den Weltmeeren und in den Kolonien. Bei allen Privatgesprächen gleitet bald die Unterhaltung in das Fahrwasser der Kriegslage; Meinungen und Vermutungen werden ausgetauscht und die großen Tageszeitungen sorgen in ihrer Weise dafür, daß das Interesse am Kriege ein stets lebhaftes bleibt; beinahe stündlich melden sie in riesigen, großen Lettern die neuesten Ereignisse auf den kriegerischen Operationsgebieten. Hinzu kommen ferner die sozialen Kriegsmaßnahmen in jedem Lande, die darauf hinauslaufen, einer genügenden Volksernährung Rechnung zu tragen und die in den Arbeiterschichten viel-

fach zutage tretende Not zu dämpfen. Die weitere Tatsache, daß jede Familie Angehörige, Blutsverwandte oder Freunde und Bekannte im Felde stehen hat, deren sie mit Sorge und Teilnahme gedenkt, führt gleichfalls dazu, daß das Interesse am Kriege stets im Vorderbretten jedes Meinungsaustausches bleibt.

Der Krieg steht also aus all diesen Gründen im Vordergrund jeder Diskussion. Kein Wunder deshalb, daß die in Friedenszeiten geübte Tätigkeit der Arbeiterschaft, obwohl auch in Kriegszeiten dringend nötig, heute mehr in den Hintergrund gedrängt ist. Das ist auch bei der Gewerkschaftstätigkeit der Fall. Nicht daß die Tätigkeit der Gewerkschaftsleitungen irgendwelche Laubzeit verleierte; hier beobachten wir seit Kriegsbeginn sogar eine verstärkte Tätigkeit, darauf hinauslaufend, die Gewerkschaftsbetätigung der veränderten Lage anzupassen und jede Gelegenheit auszunutzen, um zum Vorteil des Proletariats zu wirken und vor allem die durch den Krieg geschaffene soziale Notlage abzumildern. Viele einsichtige Mitglieder stehen ihnen bei dieser notwendigen Arbeit treu zur Seite, viele Vorteile und Erleichterungen, die wir an dieser Stelle aufzuführen uns versagen wollen, sind dadurch schon erreicht worden.

Aber durch einen Teil der Gewerkschaftsmitglieder geht ein Zug recht schädlicher Laubzeit. Die gewerkschaftliche Indifferenz, begünstigt durch das im Vordergrund der Gemüter stehende Kriegsinteresse, das Fehlen angreifbarer Lohnbewegungen und die stark begrenzte Möglichkeit, Versammlungen abzuhalten, hat schon dazu geführt, daß vielfach das Beitragszahlen „vergessen“ wurde und Streichungen aus der Verbandsliste die Folge waren. Manche auf diese Weise aus der Gewerkschaft Geschiedenen suchten allerdings ihrer Abkehr von der Bewegung ein „moralisches“ Mäntelchen umzuhängen; sie führten „sachliche Gründe“ an, um ihren Austritt zu „rechtfertigen“. In solchen Fällen müssen dann die vielfach verminderten oder gänderten Unterstützungsleistungen und das Fehlen jeglicher Lohnbewegung zur Verberberung der Lebenslage herhalten. Mit diesen traurigen Ausreden erbringen diese Leute allerdings nur den Nachweis, daß sie krasse Materialisten sind und daß ihnen der Begriff der Solidarität und des proletarischen Idealismus seit jeher Schall und Rauch war. . . .

Eine solche gewerkschaftliche Fahnenflucht in kritischen Zeiten ist eine verächtliche Tat. Gerade der Kriegszustand müßte veranlassen, im Interesse aller und nicht zuletzt jener, die draußen auf den Schlachtfeldern Blut und Gesundheit für die Sicherung des Heimatlandes und damit auch für das fernere Wohlergehen jener Undankbaren einzusetzen, die jetzt die Gewerkschaft treulos im Stich lassen, nun erst recht mit allen Kräften die Gewerkschaft hochzuhalten, vor allem auch als Abtrag einer großen Dankeschuld an die im Felde Stehenden, denen es heute unmöglich gemacht ist, in ihrer Gewerkschaft mitzuwirken, die aber erhoffen, nach Kriegsende in ihrem Verbands eine gute Stütze zu finden!

Nach der Kriegsende! Es bleibt nicht immer Krieg, er muß früher oder später dem Frieden das Feld räumen. Und daß gerade dann eine ganz intensive Gewerkschaftsbetätigung notwendig ist, daß der neue Zustand dann eine gefestigte Gewerkschaftsbewegung vorfinden muß, müßte jedem Arbeiter klar sein! Mancher erträumt sich allerdings nach dem Frieden ein Schlafaffenland, in dem die gebratenen Tauben umherfliegen und nur das Maul recht breit geöffnet werden braucht, um die Magenfrage in angenehmer Weise zu lösen. Mancher hat etwas gehört von der „Gründerperiode“, die nach dem deutsch-französischen Krieg in Deutschland einsetzte und einige Jahre guter Prosperität brachte. Und was braucht man denn dann noch eine Gewerkschaft, dann regnet's ja Goldfische vom Himmel. . . .

Ach, es sieht heute doch außerordentlich anders aus. Damals waren nur zwei Länder in den Krieg verwickelt, heute sind es rund zwei Drittel der Erdböschung. Und die andern verharren bisher in einer recht kostspieligen Neutralität. Das alles verschlingt ungeheure Kapitalien. Hinzu kommt, daß heute Export und Handel eine weit größere Rolle als vor fünfundsiebzig Jahren spielen. Vor allem die auf den Export und transatlantische Rohstoffe angewiesene Industrie wird nach Kriegsende noch lange Zeit gebrauchen, ehe die durch den Weltkrieg zerrissenen Geschäftsfäden wieder so zusammengeknüpft sind, daß das alte Verhältnis hergestellt ist. Ferner winken nach dem Kriege erhöhte Steuern; ungeheure finanzielle Belastungen, die der Krieg für die Staaten mit sich gebracht hat, wobei eine große Rolle die Versorgung der Kriegskämpfer, Kriegswitwen und -waisen spielen wird, sollen nach und nach ausgeglichen werden. Was liegt da näher, als daß jeder einsichtige Arbeiter für seine Gewerkschaftsorganisation einzutreten hat, daß sie stark und mächtig dasteht, um dann die auf solche Weise verteuerte Lebenshaltung auszugleichen! Man beherrsche sich doch nicht, daß nach Proklamierung des Friedens die alten Klassenverhältnisse in alter, scharfer Form wieder auftauchen müssen! Auf der einen Seite die Kapitalisten, die über Mindereinnahmen klagen und bei Lohnforderungen der Arbeiter Tischen zugestimmt halten, auf der andern Seite das Proletariat, bedrückt durch verteuerte Lebenshaltung und Lohnerhöhungen fordernd. Lohnkämpfe sind dann die unausbleibliche Folge; zu ihrer erfolgreichen Durchführung gehören aber starke Gewerkschaften.

Nach ein anderer Umstand. Nach Friedensschluß fluten die Massen der jetzt im Felde stehenden Arbeiter, soweit es ihnen ein glückliches Geschick vergönnt, wieder in die Heimat, in unsere Reihen zurück. Sie belasten dann den Arbeitsmarkt. Die sofortige Beschäftigung erscheint bei vielen ausgeschlossen, erst nach und nach wird das möglich sein. Die Fabrikation für den Kriegsbedarf erstreckt sich dann nur noch auf die Herstellung der notwendigen eisernen Bestände; eine neue industrielle Umwälzung geht vor sich: die Rückkehr zum normalen Verhältnis. Das geschieht aber nicht im Handumdrehen, dazu werden Monate gehören. Hinzu kommt, wie schon erwähnt, das Fehlen der sofortigen befriedigenden Abgabemöglichkeiten, vor allem bei Exportfabrikaten, auch viele Rohstoffe werden nicht sofort vorhanden sein. Dieser Zustand wird eine erneute — wenn auch vielleicht verhältnismäßig kurze — Krise auf dem Industrie- und Wirtschaftsamt bedeuten. Dann aber heißt es wieder für die Gewerkschaft, einzuspringen und die soziale Not zu lindern! Sie muß den Arbeitslosen helfen, muß den zurückgekehrten Brüdern helfen, die im Felde so

viel eingesetzt haben; muß sie pflichtgemäß und wenn irgendmöglich so lange unterstützen, bis endlich wieder ge- regeltere und bessere Verhältnisse eingetreten sind!

Der Gewerkschaften harret also noch eine Fülle schwerer Aufgaben. Deshalb aber ist es unsere heilige Pflicht, sie hochzuhalten, sie zu stärken, für sie zu werben, daß sie diesen Aufgaben gewachsen sind! Wir dürfen nicht locker lassen und müssen auch unter den heute so erschwerenden Verhältnissen für unsern Verband agitieren und ihm möglichst viele Mitglieder zuzuführen suchen! Wer aber angesichts der schweren Gegenwart- und Zukunftsaufgaben unserer Gewerkschaftsverbände aus eitler Selbstliebe und kurzfristigen, niedrigen und nichtsfahenden Motiven seinen Verband im Stich läßt und fahnenflüchtig wird, den treffe unsere tiefste Verachtung! Wir ändern aber wollen weiter wirken an dem großen und guten Werke, eingebettet der schweren, aber auch schönen und solidarischen Aufgaben, die unser noch harren! Und wenn mancher der abtrünnig Gewordenen seine Selbstachtung wiederfinden und in unsere Reihen zurückkehren sollte, wir werden das begrüßen! Freude über jeden reuigen Sünder! Aber als eine recht unglückselige Stunde für ihn muß seine einstmalige Abkehr von unserm proletarischen Grundsatzen, unserer Organisation und unserer Klassengemeinschaft doch bezeichnet werden!

### Literarisches.

Heft 24 der „Neuen Zeit“ vom 19. März hat folgenden Inhalt: Eine Erörterung des Rechts auf Erörterungen. Von Karl Rautsky. — Italien im Dreibunde. Von Anton Hofrichter. — Die Einheit der Partei und die Gewerkschaften. Von Adolf Braun. — Die Probe auf das Exempel. Von Otto Gué. — Deutschland und die Türkei. Von Spectator. Notiz: Der Außenhandel der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von G. C. — Literarische Rundschau. Hermann Wendel: Karl Bröger, Aus meiner Kriegszeit. — R. Wolbt: Die deutsche Industrie. — Theresie Schleginger: Grete Neufelß, Betrachtungen zur Frauenfrage. — R. G.: Langens Kriegsbücher. — G. Schlein: Professor Dr. Julius Landesberger, Der Krieg und die Volkswirtschaft. — R. G.: Sden Gedin, Ein Volk in Waffen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns Nr. 13 des 25. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 A; unter Kreuzband 85 A. Jahresabonnement M. 2,60.

### Versammlungsanzeiger.

**Donnerstag, den 3. April:**  
**Bunzlau:** Eine Stunde nach Feierabend bei Gumprich, Schloßstr. 10. — **Wittenberge:** Abends 8 Uhr bei Herrn Jahn, Steinstr. 4. — **Beiz:** Bei Neumann, Gartenstr. 45.

**Freitag, den 4. April:**  
**Röslin:** Vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Buchwaldstraße 35. — **Segeberg:** Nachm. 4 Uhr im Hotel „International“. — **Söllingen:** Vorm. 10 Uhr bei Wwe. Kirchner, Hochstr. 27. — **Uelzen:** Nachm. 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus (kleiner Saal).

### Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Jahresinverate unter dieser Rubrik bis zu drei Heften kosten A. 8, jede weitere Heft A. 2 mehr. Freirepemplare werden nicht verabfolgt.)  
**Berlin.** Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg., SO, Engelstr. 15, 2. St., Zimmer 60. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.  
**Chemnitz.** Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Solosseum“, Zwischstr. 152, 1. St., Zimmer 15. Herberge das Verkehrslokal: Volkshaus und „Blauenische Bierhalle“, Gaisstr. 41. Zurzeitige Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11—1 Uhr und nachmitt. 6—7½ Uhr.  
**Dortmund.** Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Leisingstr. 32. Zurzeitige und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umschau verboten.  
**Essen.** Bureau der Zahlstelle: Restaurant Groß-Offen, Steelerstr. 17, 2. St., Zimmer 3. Geöffnet abends von 7 bis 8 Uhr, Sonntags von 10 bis 11 Uhr vormittags. Zurzeitige Kameraden haben sich dort zu melden. Arbeit wird auf dem Bureau nachgemessen. Umschauen ohne Wissen der Zahlstellenleitung verboten. Verkehrs- und Versammlungslokal ebenfalls.  
**Hamburg.** Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Wendenberghof 57/66, 2. St., Zimmer 2. Telefon: Gr. 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgegend sind hier zu melden. Zurzeitige Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vorstehend benanntgegebenen Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt.  
**Hamburg-Altona.** Das Verkehrslokal für den Bez. 16 befindet sich bei Julius Woc, Bürgerstr. 51/53. Teleph.: Gr. V. 3833. Zusammenkunft: Jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr.  
**Hamburg-Gilbert, wohnfeld.** Verkehrslokal bei Herrn Beer, Wandsbeker Chaussee 128. Telefon: Gr. 4, 3501. Jeden zweiten Montag im Monat Zusammenkunft.  
**Hamburg-Gimsbüttel.** Albert Lemde, Verkehrslokal, BelleAlliancestr. 45. Jeden Sonnabend Ababend. Jeden letzten Sonnabend im Monat Ababend der Zentralrauffahrt. Telefon: Gr. 6, 2782.  
**Hamburg-Ottensen.** Bezirk 17. Verkehrslokal bei S. Feldorn, Wahrenfelder Straße 124. Zusammenkunft jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 6½ Uhr.  
**Hamburg-Rothenburgsort.** Bezirk 6. Verkehrslokal bei S. Bruger, Streloerstr. 79. Telefon: Gr. 8, 2167. Sonntags mittags Entgegennahme von Beiträgen.  
**Hamburg-Weddel.** Bezirk 5. Verkehrslokal bei Adolf Winter, Weddeler Marktplatz 4. Telefon: Gr. 8, 5485. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abwechselnd auch bei Bruger, Rothenburgsort.  
**Kiel.** Bureau der Zahlstelle Kiel und Umgegend: Gewerkschaftshaus, Gäßstr. 24, 2. St. Telefon 2241. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Kiel sind hier zu melden. Zurzeitige Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden zweiten Mittwoch im Monat.  
**München.** Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pestalozzistr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stock. Telefon 51 030. Sprechstunden vorm. von 10 bis 12 Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr. Arbeitslosenmeldung vorm. von 10 bis 12 Uhr. Umschauung der Kreisunterstützung: von 5 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenbach 10.  
**Wilhelmshaven u. Umg.** Bureau: Küstlingen, Küstlinger Straße 28. Geöffnet: Wochentags abends von 7 bis 8 Uhr. Versammlung jeden dritten Dienstag im Monat bei Godewasser. — Bezirk Warel: Versammlung am ersten Donnerstag im Monat bei Meyer.